



- 3 Alle Artikel aus dem GedenkstättenRundbrief online verfügbar
Thomas Lutz
- 5 MEMO. Vorstellung eines Projekts zur empirischen Erforschung der gegenwärtigen deutschen Erinnerungskultur
Michael Papendick, Jonas Rees, Franziska Wäschle und Andreas Zick
- 18 Europaweit: neue Funde aus den Zwangsarbeitslagern der Arado-Werke Rathenow im Havelland, Brandenburg
Thomas Kersting, Astrid Ley, António Muñoz Sánchez und Ansgar Schäfer
- 23 Das Holocaustmuseum Sered – slowakische Wege zur »Vergangenheitsbewältigung«
Marta Ansilewska-Lehnstaedt und Stephan Lehnstaedt
- 30 Zur Bedeutung der Beschäftigung mit Mitarbeiterinnen des Reichssicherheitshauptamts am Beispiel der Stenotypistin bei der Besprechung am Wannsee am 20. Januar 1942
Elke und Marcus Gryglewski
- 41 Die Gnade der weiblichen Geburt? – Darstellung von Frauen als Täterinnen in »Euthanasie«-Gedenkstätten. Teil 1
Randi Becker
- 49 Die berlinHistory.app – eine gemeinsame Plattform für Geschichte in Berlin und anderswo
Rainer E. Klemke
- 54 Rezension zu Jochen Fuchs: Auschwitz als eine moralische Anstalt betrachtet oder Was kann eine gute Gedenkstätte eigentlich bewirken?
Wolf Ritscher
- 59 Veranstaltungshinweise
- 64 Literaturhinweise

Alle Artikel aus dem GedenkstättenRundbrief online verfügbar

Thomas Lutz

Alle Artikel des GedenkstättenRundbrief sind nun als PDF-Dateien im GedenkstättenForum online abrufbar. Beginnend mit dem ersten Rundbrief 1983 bis heute können Beiträge aus fast 200 GedenkstättenRundbriefen abgerufen werden. Im GedenkstättenForum (gedenkstaettenforum.de) findet sich ein eigener Reiter »Gedenkstättenrundbrief«. Hier können die Artikel nach Autor, Titel und Inhalt sowie als Volltextsuche der Überschriften gesucht werden. Die vorhandene Suche nach Rundbrief-Ausgaben funktioniert bedingt durch die dahinterliegende Datenbank nur unvollständig. Mit einer Überarbeitung des gesamten GedenkstättenForum kann das hoffentlich bald verbessert werden. Wie gehabt werden die Beiträge der GedenkstättenRundbriefe aus den letzten zwei Jahren zunächst nur als Textdateien ohne Bilder im Internet eingestellt. Mit dem Ablauf dieser Frist werden dann PDF-Dateien der Artikel hochgeladen, bei denen das Layout und die Abbildungen wie in der Druckausgabe abrufbar sind.

Alleine an der Veränderung der Herstellungsbedingungen des GedenkstättenRundbrief kann auf die professionelle Entwicklung der Gedenkstätten rückgeschlossen werden. In den ersten Jahren wurden die einzelnen Beiträge des Rundbrief vom Redak-



MEMO. Vorstellung eines Projekts zur empirischen Erforschung der gegenwärtigen deutschen Erinnerungskultur.

Michael Papendick, Jonas Rees, Franziska Wäschle, Andreas Zick

1. Der Multidimensionale Erinnerungsmonitor

Der Multidimensionale Erinnerungsmonitor (MEMO) ist ein auf drei Jahre angelegtes wissenschaftliches Forschungsprojekt, das seit 2017 am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld durchgeführt und von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (EVZ) gefördert wird. Ziel von MEMO ist es, die in der deutschen Bevölkerung er- und gelebte Erinnerungskultur empirisch zu dokumentieren und sich damit vor allem den Fragen zu nähern, woran, auf welche Art und Weise und mit welchen Konsequenzen Menschen in Deutschland historisch erinnern. Von besonderem Interesse sind dabei neben konkret erinnerten Ereignissen auch die Einstellungen in der Bevölkerung zur Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, Faktoren, die historische Erinnerungen prägen oder verzerren können und Zusammenhänge zwischen der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und Haltungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen.

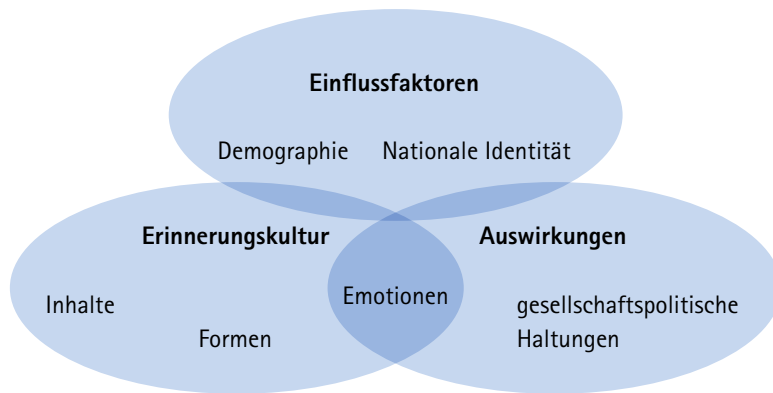
Eine empirische Perspektive auf »die deutsche Erinnerungskultur«, insbesondere die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus, erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus verschiedenen Gründen nicht bloß theoretisch relevant. Folgt man etwa Jan Assmanns Konzeption eines kollektiven Gedächtnisses¹, befinden wir uns aktuell in einer Phase des Umbruchs der kollektiven Erinnerung an die deutsche NS-Vergangenheit. Maurice Halbwachs²⁻³ prägte die später von Assmann aufgegriffene Idee des kollektiven Gedächtnisses als von Menschen(gruppen) geteilte Erinnerungen, die die relevanten und repräsentativen Erzählungen und geschichtlichen Ereignisse der jeweiligen Gruppe widerspiegeln, und, im Sinne einer sozialen Rahmung, Erinnern auch auf individueller Ebene prägen. Assmann ergänzte das Konzept des kollektiven Gedächtnisses um die Subkomponenten eines *kommunikativen* und eines *kulturellen* Gedächtnisses. In dieser Konzeption beschreibt das kulturelle Gedächtnis insbesondere die formalisierten und institutionalisierten Formen der Erinnerung, geprägt durch Traditionalisierung und normative Praktiken. Im Kontext der Erinnerungskultur können etwa Gedenkstätten, Gedenktage und formale geschichtliche Bildung als Repräsentationen des kulturellen Gedächtnisses verstanden werden. Das kommunikative Gedächtnis beschreibt in Abgrenzung dazu die nicht formalisierten Formen der Erinnerung, geprägt von mündlichen Überlieferungen und insofern veränderbar und abhängig von denjenigen, die das Erinnerte tradieren. Nach Assmann umfasst das kommunikative Gedächtnis eine Zeitspanne von drei bis vier Generationen, beziehungsweise 80 Jahren, und endet mit dem Tod der Trägerinnen und Träger. Da inzwischen fast all jene verstorben sind, die die Zeit des Nationalsozialismus persönlich erlebt haben und die ihre Erinnerungen in Narrationen hätten tradieren können, stehen wir nach Assmann vor dem Ende der kommunikativen Erinnerung an die NS-Zeit. Entsprechend sind die Fragen, wie es um die gegenwärtige Erinnerungskultur in Deutschland steht, wie Wissen und Erinnerungen von Zeitzeuginnen und -zeugen bewahrt und aufbereitet werden können

und wie ein Lernen von und aus der Geschichte, auch im Sinne einer historisch-politischen Bildung, trotz einer wachsenden zeitlichen Distanz zu den Ereignissen gelingen kann, zunehmend Teil eines öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Diskurses geworden⁴⁻⁷. Zudem wurde die Legitimation und Art und Weise der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland – traditionell auch ein Agitationsfeld der extremen Rechten – in den letzten Jahren wieder häufiger von Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten in Frage gestellt und angegriffen. Ein Blick darauf, wie in Deutschland »erinnert« wird, welche Ereignisse Menschen erinnerungswürdig finden, wie häufig in Familien über die Zeit des Nationalsozialismus gesprochen wird und ähnliche Fragen scheinen nicht zuletzt auch gesellschaftspolitisch relevant.

Gemessen an dieser gesellschaftlichen und politischen Relevanz ist die empirische Grundlage, auf der Diskurse über Gegenwart und Zukunft der deutschen Erinnerungskultur geführt werden können, jedoch oft lücken- oder bruchstückhaft und selten umfassend und zufriedenstellend. Ein Ziel des MEMO-Projekts ist es, zum Schließen dieser Lücken beizutragen, systematisch wissenschaftlich zu dokumentieren, welche Art von Erinnerungskultur in der deutschen Bevölkerung gepflegt wird und, ob und wie diese Erinnerungskultur sich womöglich wandelt. Welche historischen Ereignisse betrachten Deutsche als wichtig zu erinnern? Auf welchen Wegen setzen sie sich mit der Geschichte, insbesondere der Zeit des Nationalsozialismus, auseinander? Wie werden institutionalisierte Zugänge der Auseinandersetzung, wie schulische Bildung und Gedenkstättenbesuche, wahrgenommen? Welche Rolle spielen Familiennarrationen und was wissen Deutsche über die Rolle ihrer eigenen Vorfahren? Inwiefern hängt eine Auseinandersetzung mit der Geschichte mit einer wahrgenommenen Verantwortung und Handlungskompetenz für gegenwärtige gesellschaftliche Herausforderungen zusammen? Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die Methodik der MEMO-Studien, fasst in Auszügen zentrale Ergebnisse der beiden bisherigen repräsentativen Umfragen zusammen und schließt mit möglichen Implikationen dieser Ergebnisse. Es scheint dabei erwähnenswert, dass es sich an einigen Stellen um Interpretationen der Befragungsergebnisse handeln mag, die offen für andere Lesarten sind. Auch die Formulierung einzelner Fragen mag beim Lesen diskutabel erscheinen und spiegelt jeweils den aus unserer Sicht aktuellen Stand zum Zeitpunkt der Befragung wider, ohne dabei Anspruch auf Allgemeingül-

Präsentation der
Studienergebnisse von
MEMO I im Haus der
Bundespressekonferenz
in Berlin im Februar
2018. V.l.n.r.:
Dr. Andreas Eberhardt
(EVZ), Prof. Dr. Andreas
Zick (IKG),
Dr. Jonas Rees (IKG).
Foto: Sputnik,
Tilo Gräser





Vereinfachte Darstellung des heuristischen Arbeitsmodells der Erinnerungskultur.⁸
Abb.: MEMO I/2018

tigkeit oder Vollständigkeit zu erheben. Die umfassende Kartierung und Systematisierung der Erinnerungskultur in Deutschland – darin lässt sich wohl schnell Einigkeit herstellen – wäre ein Dauerprojekt.

2. Methodik der Studien

Ein zentraler Bestandteil des MEMO-Projekts ist die regelmäßige Einbindung von Expertinnen und Experten aus dem Arbeitsfeld der Erinnerungskultur, deren theoretische und praktische Perspektiven sowohl in der Konzeption der Umfragen als auch der kritischen Reflexion und Interpretation der Ergebnisse entscheidend zur Güte der Studien beitragen und diese über eine bloße wissenschaftlich-beschreibende Perspektive hinaus bereichern. Im Rahmen einer Arbeitssitzung im August 2017 wurde ein gemeinsames Arbeitsmodell für das Konzept der Erinnerungskultur formuliert, das die Grundlage für die Entwicklung der ersten Repräsentativbefragung bildete und durch die zentralen Dimensionen gekennzeichnet ist, *was*, *wie* und *warum*, beziehungsweise *mit welcher Konsequenz* historisch erinnert wird.

Ausgehend von den Ergebnissen von MEMO I wurde die Umfrage im August 2018, wiederum im Austausch mit einer Gruppe von Expertinnen und Experten, überarbeitet, vertiefende Fragen für bestehende Themenschwerpunkte definiert und neue, als erinnerungskulturell relevant erachtete Themengebiete ergänzt. So ergibt sich ein modular aufgebautes Erhebungsinstrument, das aufgrund der jährlichen Wiederholung von Fragen sowohl das Nachverfolgen von Entwicklungsverläufen als auch flexible Anpassungen zur Berücksichtigung aktueller gesellschaftlicher und theoretischer Entwicklungen ermöglicht. Beispielsweise wurden in MEMO II der Besuch von Gedenkstätten und die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in der eigenen Familiengeschichte wesentlich differenzierter erfragt, weil diese sich in MEMO I als lohnenswerte Vertiefungsthemen ergeben hatten. Außerdem wurde die Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung zur Zeit des Nationalsozialismus als neues Modul ergänzt. Aktuell befindet sich die nächste Repräsentativbefragung in Vorbereitung. Diese wird Ende 2019 erhoben und ihre Ergebnisse werden im Frühjahr 2020 vorgelegt.

Um die Repräsentativität und Unabhängigkeit der erhobenen Daten zu gewährleisten, wurde die Durchführung der Befragung an spezialisierte Umfrageinstitute vergeben. In Form standardisierter telefonischer Interviews wurden 1016 (MEMO I) beziehungsweise 1000 (MEMO II) zufällig und repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus allen deutschen Bundesländern befragt. Die telefonischen Umfragen

umfassten sowohl Fragen im offenen Antwortformat (»Zunächst interessieren wir uns dafür, was Ihrer Meinung nach das wichtigste Ereignis in Deutschland seit 1900 ist.«) als auch geschlossene Formate, bei denen Befragte das Ausmaß ihrer Zustimmung zu oder Ablehnung von vorgegebenen Aussagen angeben konnten (»Die Zeit des Nationalsozialismus ist ein Teil der deutschen Identität.« – »lehne stark ab, lehne eher ab, teils/teils, stimme eher zu, stimme stark zu«). Die Teilnahme an den Studien erfolgte freiwillig und anonym und Befragte hatten stets die Möglichkeit, Fragen nicht zu beantworten. Die vollständigen Ergebnisse der Repräsentativbefragungen wurden, gemeinsam mit dem jeweils verwendeten Fragebogen, in Berichtsform veröffentlicht und sind, auch in englischsprachigen Fassungen, über die Homepage der Stiftung EVZ abrufbar. Auf den Bericht der Ergebnisse statistischer Testverfahren wird in der vorliegenden Zusammenfassung zugunsten der Lesbarkeit verzichtet.

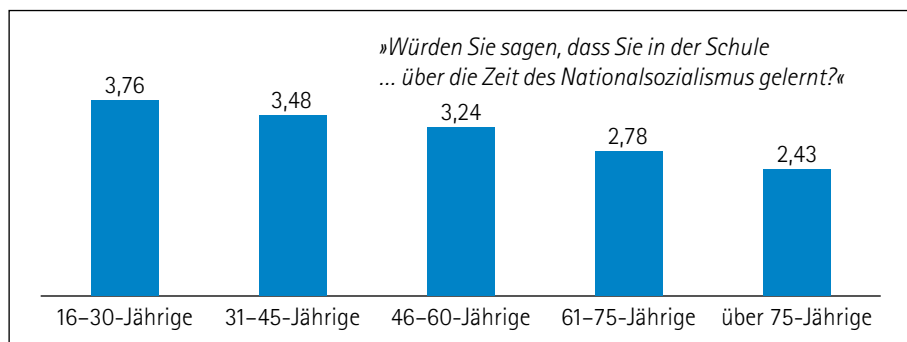
3. Zusammenfassung zentraler Befunde aus MEMO I (2018)

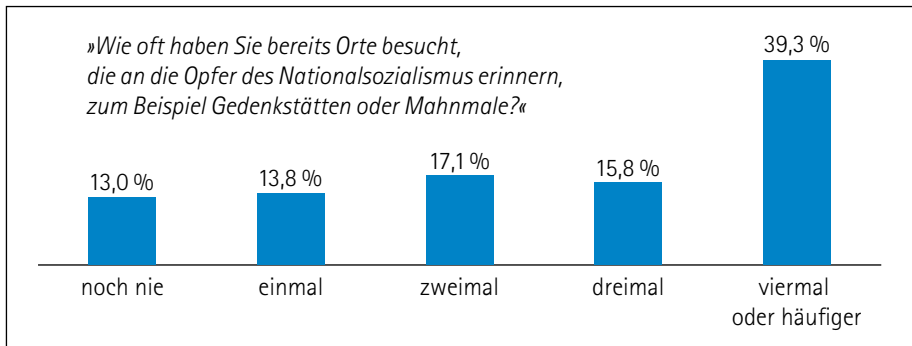
Ein grundlegender Befund der ersten Repräsentativbefragung ist, dass es in der deutschen Bevölkerung ein tendenziell ausgeprägtes Interesse an der deutschen Geschichte gibt – 60,2% der Befragten in MEMO I geben an, sich »eher stark« oder »sehr stark« für die deutsche Geschichte zu interessieren, 31,7 % berichten teilweises Interesse und nur wenige berichten, sich »eher wenig« (7,2 %) oder »überhaupt nicht« (0,6 %) für die deutsche Geschichte zu interessieren. Bezogen auf den spezifischen Abschnitt der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland zeigt sich erwartungsgemäß die schulische Bildung als wichtiger Kontext zur Vermittlung von Perspektiven und Wissen – insbesondere jüngere Befragte berichten, in der Schule viel über die NS-Zeit gelernt zu haben.

Befragt nach der Bedeutsamkeit verschiedener Themen im Geschichtsunterricht, darunter die Geschichte der deutschen Wiedervereinigung ebenso wie die Geschichte der DDR, beurteilen Befragte das Lernen über »die Vernichtung von Menschen in Konzentrationslagern« als wichtigsten Inhalt – 93,2% der Befragten bewerten die Vermittlung dieses Wissens als »eher wichtig« oder »sehr wichtig«. Auch bezogen auf die übergeordneten Ziele des Geschichtsunterrichts zeigt sich Einigkeit über die Bedeutung der Erinnerung an die deutsche NS-Geschichte – 93,5% der Befragten geben es als »eher wichtiges« oder »sehr wichtiges« Ziel an, dass auch durch die Vermittlung von Wissen im Geschichtsunterricht verhindert wird, »dass der Nationalsozialismus zurückkommt«.

Bei aller Bedeutung, die der schulischen Bildung beigemessen wird, verdeutlichen die Ergebnisse von MEMO I zugleich, dass Befragte sich auch auf anderen Wegen mit dem Thema Nationalsozialismus auseinandersetzen und diese Auseinandersetzungen

Angegeben sind nach Altersgruppen differenzierte Mittelwerte auf einer Skala von 1 (»überhaupt nichts«) bis 5 (»sehr viel«)





Angegeben sind die prozentualen Häufigkeiten der Nennungen der jeweiligen Antwortoption

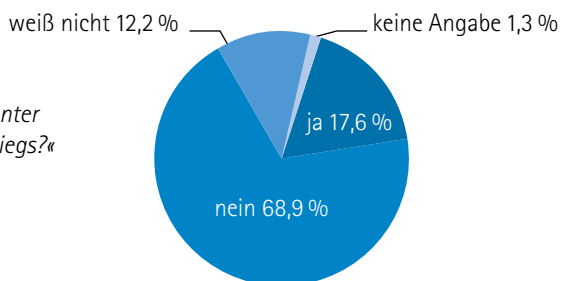
als prägend erleben. So geben 98,1% der Befragten an, in Dokumentar-, Kino- und Fernsehfilmen mit der NS-Thematik konfrontiert gewesen zu sein. Nur 13,0% der Befragten berichten, noch nie einen Ort besucht zu haben, der an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert, etwa eine Gedenkstätte oder ein Mahnmal. Dem gegenüber stehen 86,5% aller Befragten, die angeben, mindestens einmal, 39,3% sogar vier Mal oder häufiger einen Ort zur Erinnerung an die NS-Opfer besucht zu haben, sodass von Gedenkstätten und Mahnmalen als zentralen Zugangswegen zur Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus ausgegangen werden kann.

Auch in Bezug auf die Eindrücklichkeit des Besuchs dieser Orte zur Erinnerung an die NS-Opfer ergeben sich in MEMO I erste Hinweise. So zeigt sich, dass viele derer, die angeben, schon mindestens einmal eine Gedenkstätte oder ein Mahnmal besucht zu haben, dies nachdrücklich in Erinnerung behielten – 64,0% der Befragten stimmen der Aussage »eher stark« oder »sehr stark« zu, ihr letzter Besuch eines Ortes der Erinnerung habe sie anschließend noch lang beschäftigt. Im direkten Vergleich mit der erwarteten Eindrücklichkeit derjenigen Befragten, die angeben, noch nie eine Gedenkstätte oder ein Mahnmal besucht zu haben, zeigt sich eine auffällige Diskrepanz: Befragte, die noch nie einen solchen Ort besucht haben, schätzen den Eindruck, den dieser Besuch bei ihnen hinterlassen würde, als geringer ein. Eine mögliche Lesart dieser Ergebnisse: Orte der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, Gedenkstätten oder Mahnmale, bleiben vielen Menschen noch nachhaltiger und langfristiger in Erinnerung, als sie es vor ihrem Besuch erwartet hätten. Diese Ergebnisse wurden zum Anlass genommen, in MEMO II ausführlicher und differenzierter nach Orten der Erinnerung an die deutsche NS-Geschichte und deren möglicher Wirkung zu fragen, wobei der Fokus explizit auf den Besuch von Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager gelegt wurde.

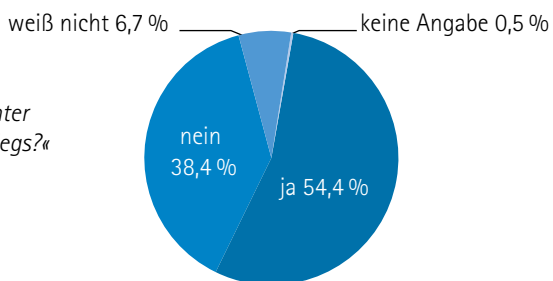
Neben diesen Ergebnissen zu Wegen der Auseinandersetzung mit der deutschen NS-Vergangenheit brachte MEMO I einen weiteren zentralen Befund hervor: Die Daten bestätigen die Studienergebnisse von Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall (2002) in Bezug auf die familiäre Tradierung von Narrativen über die Rolle der eigenen Vorfahren während des Zweiten Weltkriegs. Um diese Narrative abzubilden, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in MEMO I gefragt, inwiefern sie um Täter-, Opfer- und Helferschaft ihrer Vorfahren während des Zweiten Weltkriegs wissen. Die Begriffe Täter, Opfer und Helfer wurden hierbei bewusst nicht genauer definiert, sondern sollten in ihrer alltagssprachlichen Formulierung den Befragten auch einen gewissen Interpretationsspielraum anbieten. Die Ergebnisse deuten auf eine selektive

Angegeben sind die prozentualen Häufigkeiten der Nennungen der jeweiligen Antwortoption

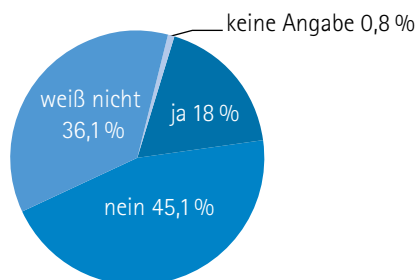
»Waren Vorfahren von Ihnen unter den Tätern des Zweiten Weltkriegs?«



»Waren Vorfahren von Ihnen unter den Opfern des Zweiten Weltkriegs?«



»Haben Vorfahren von Ihnen während des Zweiten Weltkriegs potentiellen Opfern geholfen (z.B. Juden versteckt)?«

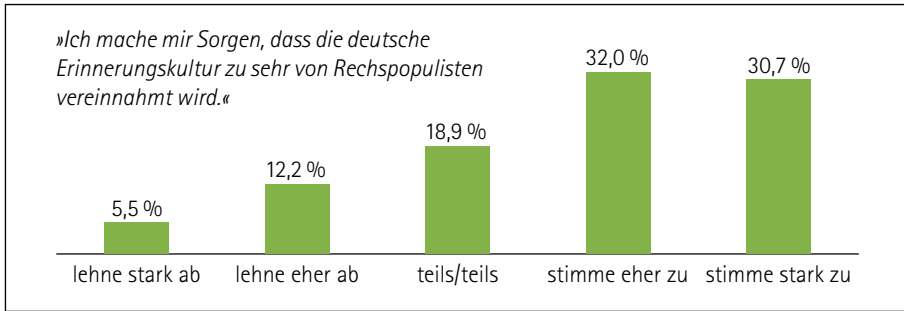


Tradierung spezifischer Narrative in deutschen Familien hin: Während über die Hälfte der Befragten (54,4%) von Opfern während des Zweiten Weltkriegs unter den eigenen Vorfahren weiß, berichten anteilig etwa gleich viele Befragte von Helfern (18,0%) wie von Tätern (17,6%). Inwiefern diese Angaben historisch zutreffend sind, kann und soll an dieser Stelle nicht bewertet werden. Wir nehmen allerdings an, dass Befragte die Fragen nach ihrem persönlichen Wissensstand beantwortet haben und sich in diesem Wissensstand eine Verschiebung in der Tradierung von Narrativen widerspiegelt. Auch der Themenkomplex der Familiennarrative und des Wissens um die Rolle der eigenen Vorfahren wurde in MEMO II differenzierter erfragt.

4. Zusammenfassung zentraler Befunde aus MEMO II (2019)

Nachdem mit MEMO I ein erster Überblick über die Wege der Auseinandersetzung mit der Geschichte in der deutschen Bevölkerung vorgelegt wurde, lag der Fokus von MEMO II spezifischer auf der Auseinandersetzung mit und der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus und die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung von Menschen und Menschengruppen in Deutschland.

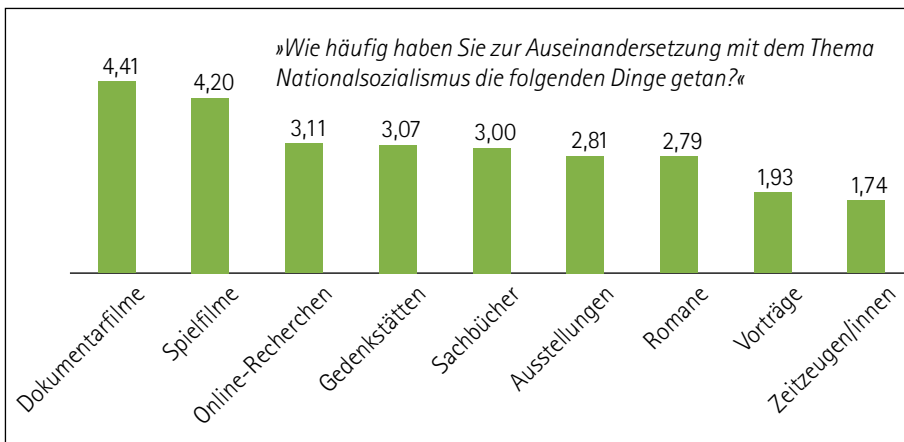
Zunächst bestätigen die Ergebnisse von MEMO II, dass die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung weiterhin als bedeutsam erachtet wird. Auf die offen gestellte Frage, an welches Ereignis aus der deutschen Geschichte



Angegeben sind die prozentualen Häufigkeiten der Nennungen der jeweiligen Antwortoption

zukünftige Generationen in Deutschland am ehesten erinnern sollten, antworten 42,7% der Befragten mit Ereignissen aus dem Kontext Nationalsozialismus und 35,4% der Befragten mit Ereignissen aus dem Kontext Wiedervereinigung. Dieses Votum für eine bewusste Erinnerung an die deutsche NS-Vergangenheit geht mit Sorgen und einer wahrgenommenen Bedeutung dieser Vergangenheit für die Gegenwart einher. So stimmen beispielsweise 65,6% der Befragten der Aussage »eher zu« oder »stark zu«, dass Menschen heute zu ähnlichen Taten fähig wären wie solchen während der Zeit des Nationalsozialismus. 35,9% der Befragten sehen Parallelen zwischen aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland und der Zeit des Nationalsozialismus, 66,3% sind »eher« oder »stark« der Meinung, dass die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder anderer Gruppenzugehörigkeiten in Deutschland wieder zunehme. Und auch in Bezug auf die Erinnerungskultur selbst wird eine spezifische Sorge geäußert: 62,7% der Befragten sind besorgt, dass die deutsche Erinnerungskultur zu sehr von Rechtspopulisten vereinnahmt wird.

Gefragt nach spezifischen Wegen und Orten der Auseinandersetzung mit dem Thema Nationalsozialismus bestätigen sich Befunde aus MEMO I. Zum einen zeigt sich, dass Zugänge in der »alltäglichen« Auseinandersetzung eine zentrale Rolle spielen: 93,7% der Befragten berichten, schon einmal einen Dokumentarfilm zur NS-Thematik geschaut zu haben, 75,7% der Befragten sogar viermal oder häufiger. Einen Spielfilm zum Thema haben 91,2% der Befragten schon mindestens einmal gesehen und 59,6% aller Befragten geben an, im Internet Texte zu lesen oder Videos zu schauen. Andere Wege der Auseinandersetzung werden vergleichsweise selten berichtet. So berichten

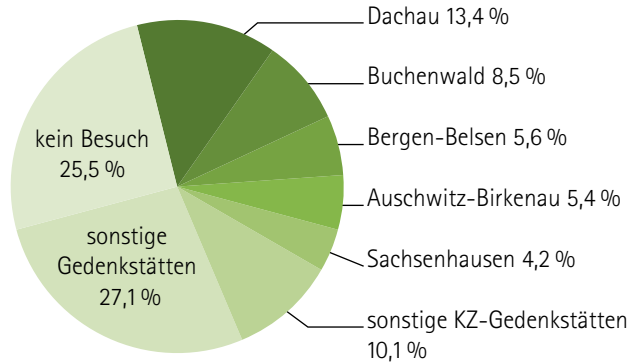


Angegeben sind die Mittelwerte der jeweiligen Antwortoption auf einer Skala von 1 (»noch nie«) bis 5 (viermal oder häufiger)

Angegeben sind die prozentualen Häufigkeiten der Nennungen der jeweiligen Antwortoption (offene Frage – nachträglich codiert)

»Denken Sie nun bitte an Ihren ersten Gedenkstättenbesuch.«

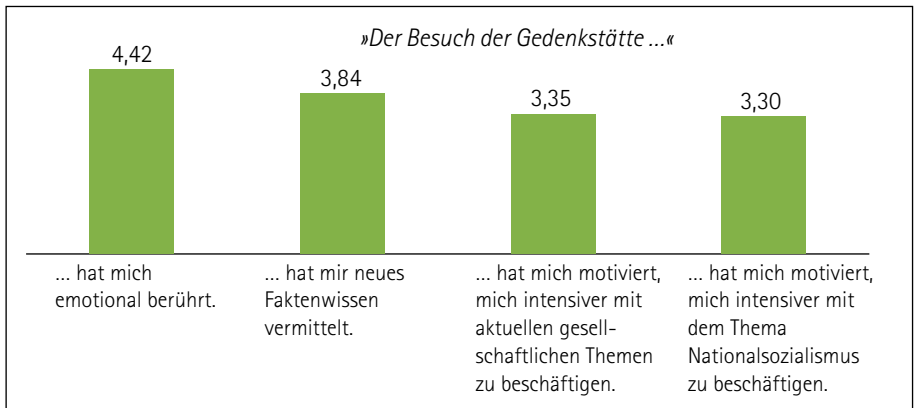
Welche Gedenkstätte haben Sie besucht?»



etwa 65,6 % der Befragten in MEMO II, »noch nie« einen Vortrag zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus besucht zu haben und eine Veranstaltung mit Zeitzeuginnen oder Zeitzeugen haben 68,3 % der Befragten »noch nie« besucht.

Deutlich wird in MEMO II erneut die besondere Rolle, die der Besuch von Gedenkstätten in der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit für die deutsche Bevölkerung einnimmt. Neben den vergleichsweise niedrigschwelligen medialen und digitalen Zugängen werden Gedenkstätten von Befragten als vierthäufigster Weg angegeben, sich mit dem Thema zu beschäftigen. 77,9 % der Befragten berichten, schon mindestens einmal, 29,8 % der Befragten sogar viermal oder häufiger eine Gedenkstätte besucht zu haben. Um die Wirkung solcher Besuche besser zu verstehen, wurde denjenigen Befragten, die schon mindestens einmal eine Gedenkstätte besucht hatten, eine Reihe von Folgefragen gestellt. Zunächst wurden sie gefragt, welche Gedenkstätte sie bei ihrem ersten Besuch besucht hatten. Um Antworttendenzen oder -verfälschungen zu vermeiden, wurde diese Frage offen und ohne Vorgabe von Antwortmöglichkeiten gestellt. Bei der Auswertung der offenen Antworten wurden Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager separat codiert, um sie von anderen Gedenkortern wie Mahnmalen oder Denkmälern differenzieren zu können. Berücksichtigt wurden bei dieser Codierung nur eindeutige Nennungen spezifischer Gedenkstätten. Trotz dieser eher strengen Auswertungsstrategie zeigt sich, dass KZ-Gedenkstätten für die Befragten eine wichtige Rolle als Orte der Auseinandersetzung mit Geschichte spielen – 47,4 % aller Befragten in MEMO II haben schon mindestens einmal eine KZ-Gedenkstätte besucht und können

Angegeben sind die Mittelwerte der jeweiligen Antwortoption auf einer Skala von 1 (»überhaupt nicht«) bis 5 (»sehr viel«)



ihren ersten Besuch einer solchen auch mit einer spezifischen Nennung hinterlegen. Die Häufigkeiten der genannten Gedenkstätten sind auf dieser Seite oben dargestellt.

Zusätzlich wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu den Umständen und dem subjektiven Erleben ihres ersten Gedenkstättenbesuchs befragt. Dabei zeigt sich, dass der erste Gedenkstättenbesuch von vielen Befragten vor allem als emotional erinnert wird – 85,9% der Befragten geben an, ihr erster Gedenkstättenbesuch habe sie »eher stark« oder »sehr stark« emotional berührt. Aber auch auf anderen Ebenen berichten Befragte nachhaltige Eindrücke. So geben 67,3% der Befragten an, der Besuch der Gedenkstätte habe ihnen neues Faktenwissen vermittelt, 50,1% fühlten sich anschließend motiviert, sich intensiver mit aktuellen gesellschaftlichen Themen, 44,0% sich intensiver mit dem Thema Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Erwartungsgemäß berichten viele Befragte (47,3%), ihr erster Gedenkstättenbesuch habe gemeinsam mit einer Schulklasse stattgefunden, 28,8% geben an, die Gedenkstätte im Kreis der Familie besucht zu haben, 13,0% berichten vom Besuch gemeinsam mit Freundinnen und Freunden. Trotz des hohen Anteils an Gedenkstättenbesuchen im Schulkontext gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, der erste Gedenkstättenbesuch sei »voll und ganz« (54,9%) eine eigene, freiwillige Entscheidung gewesen. Erwähnenswert scheint, dass die subjektiv erlebte Wirkung des ersten Gedenkstättenbesuchs systematisch mit den Umständen des Besuchs zusammenhängt: Diejenigen Befragten, die angeben, sich »voll und ganz« selbst für den Gedenkstättenbesuch entschieden zu haben, berichten sowohl, stärker emotional berührt worden als auch, im Anschluss motivierter gewesen zu sein, sich mit dem Thema Nationalsozialismus und aktuellen gesellschaftlichen Themen intensiver zu befassen.

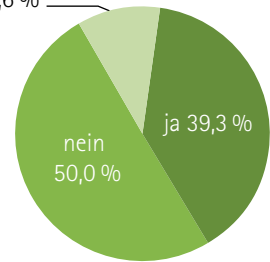
Ebenfalls differenzierter erfragt wurde in MEMO II das Wissen der Befragten über die Rolle der eigenen Vorfahren, wobei diese Fragen in MEMO II spezifisch in den Kontext der Zeit des Nationalsozialismus gesetzt wurden. In Bezug auf das in Familien tradierte Wissen bestätigt sich das in MEMO I beobachtete Muster: Auch im konkreten NS-Kontext berichten Befragte von Wissen um Opfer unter den eigenen Vorfahren (35,9%) deutlich häufiger als solchem um Vorfahren, die zu den Tätern in der Zeit des Nationalsozialismus zählten (19,6%). Häufiger als in MEMO I berichten Befragte, dass ihre Vorfahren potenziellen Opfer geholfen hätten (28,7%), was sicherlich auch der leicht geänderten Frage zuzuschreiben ist. Diejenigen Befragten, die um die Rolle ihrer Vorfahren wissen, können dieses Wissen in der Regel auch mit spezifischen Angaben darüber hinterlegen, in welcher Form ihre Vorfahren Täter, Opfer oder Helfer im NS-Kontext waren (diese Ergebnisse werden im vollständigen Ergebnisbericht ausführlich berichtet). Erwähnenswert scheinen auch die Antworten der Befragten auf die neu erfragte Kategorie der »Mitläufer«: 39,3% aller Befragten bejahen, Vorfahren von ihnen seien Mitläuferinnen oder Mitläufer in der NS-Zeit gewesen, während die Hälfte aller Befragten (50,0%) dies explizit verneint.

Spezifisches Nachfragen zu den familiären Gesprächen über die NS-Zeit zeigt: In rund der Hälfte aller deutschen Familien wird »nie« (15,7%) oder nur »selten« (34,4%) über die Zeit des Nationalsozialismus gesprochen, wobei als Hauptgrund dafür neben fehlendem Interesse innerhalb der Familie (35,7%) die Sorge angegeben wird, das Thema könne emotional zu belastend sein (23,9%). Der Aussage, es sei sinnvoll, sich mit der Geschichte der eigenen Familie während der NS-Zeit auseinanderzusetzen, stimmen 65,9% aller Befragten »eher« oder »sehr« zu. Gleichzeitig berichtet über die

Angegeben sind die prozentualen Häufigkeiten der Nennungen der jeweiligen Antwortoption

»Würden Sie sagen, dass Vorfahren von Ihnen »Mitläufer« in der Zeit des Nationalsozialismus waren? Damit sind Menschen gemeint, die z.B. durch Mitwisserschaft, Duldung, politische Untätigkeit, Wegsehen oder blinden Gehorsam zu Komplizen der NS-Verbrechen wurden.«

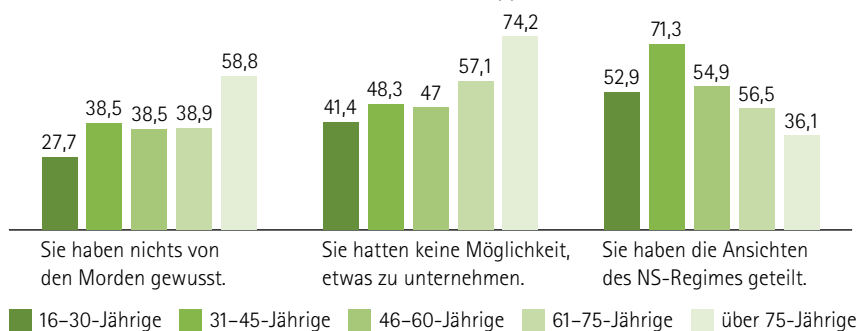
weiß ich nicht 10,6 %



Hälfte der Befragten (51,6 %) nicht zu wissen, wo oder wie man sich über die eigene Familiengeschichte informieren könnte. Zahlreiche weitere Ergebnisse der Studie, die Erinnerung spezifischer Opfergruppen des Nationalsozialismus, die Einschätzung der deutschen Bevölkerung während der NS-Zeit durch die Befragten, die vermuteten Gründe für das (Nicht)Handeln der deutschen Bevölkerung, die Einschätzung der Befragten, wie sie selbst sich womöglich verhalten hätten und die Wahrnehmungen von und Einstellungen zu heutigen gesellschaftlichen Herausforderungen sowie der eigenen Verantwortung im aktiven Entgegenwirken gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen heute sollen in der vorliegenden Zusammenfassung aus Platzgründen nicht ausführlich berichtet werden. Erwähnenswert scheinen auszugswise aber zwei Befunde: Die Befragten in MEMO II wurden gebeten, aus einer Reihe möglicher Gründe diejenigen auszuwählen, die sie als ausschlaggebend dafür erachten, dass Menschen während der Zeit des Nationalsozialismus nichts gegen die systematische Ermordung von Menschengruppen unternommen haben, etwa die Sorge vor einer Bestrafung durch das NS-Regime oder fehlendes Wissen über diese Morde. Hierbei zeigen sich zwei zentrale Zusammenhänge: Befragte, die sich intensiver mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinandergesetzt haben, nennen eine höhere Anzahl von Gründen für die Untätigkeit der Deutschen, scheinen also ein differenzierteres Bild von den gesellschaftlichen Umständen der NS-Verbrechen zu haben. Zum anderen zeigt sich ein Alterseffekt: Ältere Befragte stimmen häufiger den Aussagen zu, die Bevölkerung habe nichts von der systematischen Ermordung von Menschen gewusst und keine Möglichkeit gehabt, etwas dagegen zu unternehmen. Jüngere Befragte hingegen stimmen häufiger der Aussage zu, die deutsche Bevölkerung habe die Ansichten des NS-Regimes geteilt.

Auf heutige gesellschaftliche Zustände bezogen verdeutlichen die Ergebnisse unter anderem, dass die Befragten sich besorgt um die Zunahme der Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen in Deutschland zeigen. So stimmen 66,3 % der Befragten »eher« oder »stark« der Aussage zu, die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen(gruppen) aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder anderer Gruppenzugehörigkeiten nehme in Deutschland wieder zu. Zugleich zeigen die Befragten sich zivilcouragiert: So berichten je knapp zwei Drittel, sich verantwortlich zu fühlen, diese Diskriminierung und Ausgrenzung zu verhindern (61,3 %), zu wissen, was sie selbst aktiv dagegen tun können (64,7 %) und bereit zu sein, sich aktiv gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen in Deutschland einzusetzen (63,3 %). Setzt man die in MEMO II erfragten Konstrukte in Zusammenhang, so zeigt sich unter anderem, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die gefühlte Verantwortung für die Gegenwart korreliert sind: Menschen, die angeben, sich intensiver auf verschiedenen

»Was würden Sie sagen, warum Menschen damals nichts gegen die systematische Ermordung von Menschengruppen unternommen?«



Angegeben sind nach Altersgruppen differenzierte prozentuale Häufigkeiten der Zustimmung zu der jeweiligen Antwortoption

Wegen mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinandergesetzt zu haben, berichten nicht nur eine kritischere und differenziertere Perspektive auf die deutsche Bevölkerung in der NS-Zeit, sondern auch ein größeres Ausmaß an Zivilcourage in Bezug auf das Engagement gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen heute.

5. Zusammenfassung, Implikationen und Ausblick

Grundsätzlich dokumentieren die Ergebnisse der bisherigen MEMO-Studien ein ausgeprägtes und weiterhin bestehendes Interesse in der deutschen Bevölkerung, sich mit der eigenen Geschichte und insbesondere der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Viele Deutsche beschäftigen sich eigeninitiativ mit der NS-Geschichte – niedrigschwellig, indem sie Filme oder Dokumentationen schauen oder aufwendiger, indem sie Gedenkstätten besuchen. Die Schule spielt dabei als Quelle der Wissensvermittlung eine wichtige, aber nicht erschöpfende Rolle. Alternative Wege der Auseinandersetzung mit der NS-Thematik entstehen, etwa online, wohingegen andere bisher bestehende Zugänge verschwinden und jüngere Befragte immer seltener Zeitzeuginnen und Zeitzeugen treffen.

Während in Bezug auf deren Wissen bereits Bemühungen um Bewahrung und Weitervermittlung unternommen werden, deren Wirkung es wissenschaftlich zu evaluieren gilt, erscheinen andere der persönlicheren Zugangswege zur deutschen NS-Geschichte für viele Befragte weniger greifbar zu werden. So zeigt sich zum einen eine gewisse »Sprachlosigkeit« in deutschen Familien angesichts des Themas, also, dass Gespräche über den Nationalsozialismus selten sind und es an Wissen um objektivere Zugänge zur Geschichte der eigenen Vorfahren fehlt. In den Familien selbst scheint sich eine Tendenz zur selektiven Tradierung von Narrationen aus der NS-Zeit zu bestätigen, in der Geschichten von Opfern und Helfern unter den eigenen Vorfahren eher weitergegeben werden als solche von Tätern und Mitläufern, die durch Passivität zu den Verbrechen des NS-Regimes beigetragen haben. Gerade bei jüngeren Befragten scheinen sich dadurch Lücken im kollektiven Gedächtnis zu ergeben: Sie antworten auf Fragen nach der Rolle ihrer Vorfahren häufiger als ältere Befragte mit »weiß nicht«. Zugangswege zum Wissen über die eigene Familiengeschichte präsenter oder leichter zugänglich zu machen, könnte eine Möglichkeit darstellen, sowohl eine objektivere Perspektive auf die Vergangenheit als auch Wege einer persönlicheren, intrafamiliären Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte zu sichern und solche »Gedächtnislücken«

zu vermeiden, die ansonsten zu Einfallstoren für rechtspopulistische oder -radikale Agitation werden können.

MEMO verdeutlicht auch die besondere Rolle von Gedenkstätten als Orte der Auseinandersetzung oder »Berührungspunkte« mit der Geschichte und der historisch-politischen Bildung. Auffallend viele Befragte berichten, schon mindestens einmal eine Gedenkstätte zur Auseinandersetzung mit der deutschen NS-Vergangenheit besucht zu haben. Diese Besuche finden oftmals freiwillig und häufig, aber längst nicht ausschließlich, im Schulkontext statt. Im Gegenteil ist zu vermuten, dass viele der Befragten, die angeben, mehrfach Gedenkstätten besucht zu haben, dies intrinsisch motiviert tun und ein erster Gedenkstättenbesuch, zum Beispiel gemeinsam mit der Schulklasse, einen Zugang schaffen kann, der in der Folge eigeninitiativ weiter genutzt wird. Die potenzielle Wirkung von Gedenkstätten, die an die Zeit des Nationalsozialismus erinnern, scheint dabei vielfältig. Neben einer großen emotionalen Eindringlichkeit, die vielen Befragten besonders in Erinnerung geblieben ist, dienen Gedenkstättenbesuche offensichtlich sowohl der Wissensvermittlung als auch der Motivation zur weiteren Auseinandersetzung sowohl mit der Geschichte als auch mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen. Welche spezifischen Aspekte der Gedenkstättenbesuche oder ihrer Vor- und Nachbereitung dies bewirken, wie man diese Aspekte in der Gedenkstättenarbeit, auch als Orte der politischen Bildung, weiter stärken kann und inwiefern die Erfahrungen der Besucherinnen und Besucher sich mit ihren Fragen und Erwartungen an den Besuch von Gedenkstätten decken, kann anhand der vorliegenden Daten nicht abschließend beantwortet werden, erscheint aber als eine große Chance, Gedenkstätten als Orte nicht nur historischer Erinnerung, sondern auch gesellschaftspolitischer Bildung weiter zu stärken. Aufgrund der methodischen Grenzen von Repräsentativbefragungen, denen auch das vorliegende Forschungsprojekt unterliegt, erscheint eine weitere empirisch fundierte, auch qualitative Erforschung und Evaluation spezifischer Wege der Auseinandersetzung mit der deutschen NS-Geschichte, sowohl von Gedenkstätten⁹ als auch von neuen medialen und digitalen Zugängen, als zentraler Bestandteil der Entwicklung nachhaltig wirksamer Bildungskonzepte.

Während die Ergebnisse von MEMO zeigen, dass die deutsche Erinnerungskultur sich im Wandel befindet und vor Herausforderungen steht, verdeutlichen sie auch Chancen: Gerade auch jüngere Befragte berichten ein großes Interesse an der Auseinandersetzung mit der deutschen NS-Geschichte und eine Bereitschaft zur kritischen Perspektive sowohl auf die deutsche Bevölkerung zur NS-Zeit, deren Involvierung und Untätigkeit während der Verbrechen des NS-Regimes, als auch potenziell auf die Rolle der eigenen Vorfahren. Die positive Selbsteinschätzung der Befragten, etwa in Bezug auf die berichtete Zivilcourage für heutige gesellschaftliche Herausforderungen, und deren Zusammenhänge mit der Auseinandersetzung mit der Geschichte, können als »Lernen« aus Geschichte interpretiert werden und die Einschätzung der Befragten widerspiegeln, heute tatsächlich weniger anfällig für menschenverachtende Ideologien zu sein. Zugleich spielen vermutlich Überschätzungen der eigenen Courage und Handlungskompetenzen und die Unterschätzung des Einflusses gesamtgesellschaftlicher Prozesse auf das eigene Handeln eine Rolle. Dieser Interpretationsspielraum kann als Chance der historisch-politischen Bildung betrachtet werden, Menschen mit einem couragierten Selbstbild auf Grundlage historischen Geschehens für gesellschaftliche, politische und (sozial)psychologische Prozesse und Hürden in der tatsächlichen

Umsetzung zivilcouragierten Handelns zu sensibilisieren. Gedenkstätten als zentrale Orte der deutschen Erinnerungskultur erscheinen hier von besonderer Bedeutung für die Vermittlung solcher Inhalte.

Die hier dargestellten Ergebnisse stellen, ebenso wie die veröffentlichten Berichte, nur einen Teil der auf Grundlage der Daten möglichen Analysen dar. MEMO bietet sowohl die Möglichkeit der Beantwortung weiterer spezifischer Fragen auf Grundlage der vorhandenen Daten als auch die Möglichkeit der Ableitung weiterführender Fragestellungen, die in zukünftigen Umfragen und Forschungsprojekten untersucht werden können. Die kommenden Jahre werden für die Erinnerungskultur in Deutschland und Europa, etwa durch die Digitalisierung von Erinnerung, neue mediale Zugänge, aber auch den endgültigen Verlust von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, also des kommunikativen Gedächtnisses, grundlegende Neuerungen und Umbrüche mit sich bringen. Diese Entwicklungen durch Befragungen wie MEMO zu begleiten, sollte nicht nur wissenschaftlich-theoretisch interessant sein, sondern auch wertvolle Hinweise für die praktische Erinnerungsarbeit liefern. Wie jedes wissenschaftlich-empirische Projekt kann MEMO dabei aber nur der Anfang und nicht das Ende eines Erkenntnisprozesses sein, der uns weiterhin beschäftigen wird.

Alle Autorinnen und Autoren sind im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld (IKG), tätig.

Michael Papendick ist Psychologe und Psychologischer Psychotherapeut, seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter im MEMO-Projekt am IKG in Bielefeld.

Dr. Jonas Rees ist Psychologe, promovierte 2015 zur Sozialpsychologie kollektiven Handelns, seit 2017 Forschungskordinator am IKG.

Franziska Wäschle ist Psychologin (BSc), seit 2017 wissenschaftliche Hilfskraft im MEMO-Projekt am IKG.

Prof. Dr. Andreas Zick ist Psychologe und Theologe, promovierte 1996 zur Sozialpsychologie von Vorurteilen und Rassismus, habilitierte 2009 zur Sozialpsychologie der Akkulturation, seit 2013 leitender Direktor des IKG.

- 1 Assmann, J. (1992). Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: Beck'sche.
- 2 Halbwachs, M. (1966). Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. H. Luchterhand.
- 3 Halbwachs, M. (1992). On collective memory. Chicago: University of Chicago Press.
- 4 Ehmann, A., & Rathenow, H. F. (2000). Nationalsozialismus und Holocaust in der historisch-politischen Bildung. Lernen aus der Geschichte. Projekt zu Nationalsozialismus und Holocaust in Schulen und Jugendarbeit. Bonn: ARcult-Media.
- 5 Cornelißen, C. (2015). Remembrance: From collective to cultural memory. Online verfügbar unter: www.goethe.de/en/kul/ges/20542299.html
- 6 Knigge, V. (2010). Zur Zukunft der Erinnerung. Online verfügbar unter: www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39870/zukunft-der-erinnerung
- 7 Körber-Stiftung (2017). Deutsche wollen aus Geschichte lernen. Online verfügbar unter: www.koerber-stiftung.de/deutsche-wollen-aus-geschichte-lernen-1143
- 8 Dieses sowie die nachfolgend dargestellten Ergebnisse (Abbildungen 3 bis 13) sind den publizierten Studien »MEMO I/2018« (April 2018) und »MEMO II/2019« (Febr. 2019) entnommen, in denen die Studienergebnisse in Gänze abgebildet sind. Die Studien sind über die Homepage der Stiftung EVZ abrufbar: MEMO I/2018: www.stiftung-evz.de/presse/pressemitteilungen-2018/pm-studie-erinnerungskultur.html MEMO II/2019: www.stiftung-evz.de/presse/pressemitteilungen-2019/pm-memo-2019.html
- 9 Pampel, B. (2007). »Mit eigenen Augen sehen, wozu der Mensch fähig ist«: Zur Wirkung von Gedenkstätten auf ihre Besucher. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

Europaweit: neue Funde aus den Zwangsarbeitslagern der Arado-Werke Rathenow im Havelland, Brandenburg

Thomas Kersting, Astrid Ley, António Muñoz Sánchez, Ansgar Schäfer

Die Arado Flugzeugwerke GmbH, 1921 in Warnemünde gegründet, war einer der größten Lieferanten der deutschen Luftwaffe. Zweigstellen entstanden ab 1934 in Brandenburg an der Havel, in Anklam, Potsdam-Babelsberg, Alt-Lönewitz, Landeshut, Sagan, Wittenberg und Rathenow. In allen Werken zusammen waren Ende 1942 mehr als 17500 zivile Zwangsarbeiter eingesetzt. Bis zu einem Luftangriff auf die Fabrik am 18. April 1944 wurde in Rathenow hauptsächlich der Heinkelbomber He 177 in Lizenz hergestellt, danach der Focke-Wulf Fw 190. Auch Steuerelemente zur sogenannten Vergeltungswaffe (V 1 und V 2) wurden hier produziert.

1944 forderte Arado KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit an, die ab September in Rathenow eintrafen. Eine große Gruppe niederländischer Häftlinge kam dabei über das Hauptlager Sachsenhausen ursprünglich aus dem KZ Herzogenbusch bei Vught. Die Häftlinge, die zum kleineren Teil auch aus Belgien, Frankreich, Norwegen, Polen, der Sowjetunion und Deutschland stammten, neteten Tragflächen und stellten Steuerflächen für Raketenwaffen und Schrauben her. Die am 20. Februar 1945 eintreffenden 150 polnischen Juden aus dem Außenlager Glöwen mussten dagegen außerhalb der Werkshallen in der Kälte und in dünner Kleidung Tragflächen montieren. Im Außenlager lebten alle Häftlinge in einfachen Baracken, umzäunt von einem doppelreihigen, unter Strom gesetzten Stacheldraht. Eigens gepflanzte Kiefern an der Straßenseite sollten Einblicke von außen verhindern.

Im Laufe der Zeit wurden die Lebensmittelrationen immer geringer, so dass die Häftlinge bald völlig entkräftet waren und befürchteten, selektiert und weggebracht zu werden. Zeitzeugen

berichten von etwa 40 Todesopfern infolge der Mangelernährung, in den unvollständig erhaltenen SS-Dokumenten lassen sich aber nur 17 Tote nachweisen. Lagerführer des KZ-Außenlagers war SS-Unterscharführer Otto Schultz oder Schulz, dem SS-Wachmannschaften und ukrainische Freiwillige unterstanden. Sie schikanierten und schlugen die Häftlinge ständig und dachten sich immer wieder grausame Misshandlungen aus. So musste sich ein Häftling bei minus 25 Grad entkleiden und wurde immer wieder mit Wasser übergossen. Er starb innerhalb weniger Stunden. Gegen Ende des Krieges löste die SS das Außenlager nicht auf. Sie zwang die Häftlinge auch nicht auf einen Todesmarsch, obwohl der Befehl ergangen war, zumindest die jüdischen Häftlinge zu »evakuieren«. Da die Rote Armee nicht mehr weit entfernt von Rathenow war, flohen die SS-Leute und überließen die Häftlinge sich selbst. Sowjetische Soldaten befreiten das Außenlager am 25. April 1945.

Nach 1945 wurden die Betriebsanlagen der Arado in Rathenow in der DDR zu Volkseigentum erklärt. Mehrere Werkhallen und das Verwaltungsgebäude des Unter-



Selbstgefertigte Gabel aus Aluminium.
Alle Fotos
Thomas Kersting

nehmens stehen heute noch und sind anderer Nutzung zugeführt worden. Die Arado Flugzeugwerke GmbH wurde 1961 aufgelöst. Das Gelände des ehemaligen Außenlagers wurde teilweise überbaut.

Vom KZ-Außenlager Rathenow konnte 2004 etwa ein Viertel, etwa ein Hektar, ausgegraben werden, der größte Teil war schon überbaut. Ergraben wurden Fundamente von Baracken, die auf einem Luftbild von 1945 zu erkennen waren, sowie Ver- und Entsorgungsleitungen und Müllgruben. Auch eine vor Aufnahme des Bildes schon wieder entfernte Baracke wurde festgestellt. Nur das Waschhaus und die Unterkünfte für das Wachpersonal hatten Wasseranschlüsse, Häftlingsbaracken nicht. Bauteile, Töpfe, Flaschen oder Geschirr gehören zur Ausstattung, andere Funde aus dem persönlichen Besitz der Häftlinge wie Aluminiumschachteln, Knochenspatel oder ein kleines Messer sind heimlich gefertigte Gegenstände. Ist schon an der Lagerstruktur die Funktion als KZ-Außenlager abzulesen (doppelreihiger Elektrozaun und Wachtürme), so stützt dies auch das Fundmaterial (Becher der SS-Manufaktur Bohemia, Aluminiumdose mit Häftlingsnummer).

Zunächst hatte es eine öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit der Ausgrabung, ihre Kosten und sogar die Existenz des Außenlagers (genauer seine Funktion, etwa nicht KZ, sondern »nur« als Zwangs- sowie Fremdarbeiterlager) gegeben. Erst die Ausgrabung lieferte den Nachweis, dass es sich um das durch Zeitzeugen überlieferte KZ-Außenlager-Gelände handelte.

Die Grabung bewirkte ein Umdenken: aus dem Projekt erwuchs eine Ausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen und in Rathenow, die ein positives Echo fand. Sie verknüpfte archäologische Befunde mit anderen Quellen und Zeitzeugen-Aus-

sagen. Die Funde wurden thematisch geordnet und gedeutet, die Detailinformationen verwandelten die Objekte im Auge des Betrachters von neuzeitlichen Alltagsgegenständen zu historischen Bedeutungsträgern. In Rathenow vollzog sich exemplarisch durch die – zunächst unfreiwillige – Auseinandersetzung mit der Geschichte ein durch Pragmatismus geprägter Wahrnehmungswandel. Hier zeigte sich, dass durch die umfassende Darstellung aller verfügbaren Quellen Geschichte adäquat vermittelt werden kann. Die Forderungen des Denkmalschutzes konnten umgesetzt und der Ort gleichzeitig ins Gedächtnis zurückgeholt werden. Dies markierte einen Wendepunkt in der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.

2017 wurden von Ehrenamtlichen im Bereich weiterer ehemaliger Wohnbaracken wieder Gegenstände gefunden. Diese sind einerseits Dinge, die mit der Werksproduktion zu tun haben, wie technische Schilder und Kunststoff-Schriftschablonen aus der Produktion und Konstruktionsabteilung. Andererseits aber umso interessantere Dinge, die ein Leben unter Zwangs- und Mangelbedingungen hinter verschlossenen



Christbaumschmuck
und Buchstaben aus
Aluminium

Türen beleuchten: aus Flugzeug-Aluminium selbst hergestellte Gabeln und Schilder mit Initialen, Kochgeschirre mit mehrfach eingeritzten (offenbar wechselnden) Besitzerinschriften – Dinge also, die neben der lebenswichtigen Funktion auch die eigene bedrohte Identität bekräftigen halfen. In diesen Lebensbereich gehören wohl auch selbst aus Blech gefertigte Christbaumschmuck-Anhänger, in Form von Sternen, Buchstaben, Glocken und Engeln. Hinzu kommen französische Medikamente, Schlüsselanhänger von Baracken, STALAG-Marken von Kriegsgefangenen, schließlich aber auch



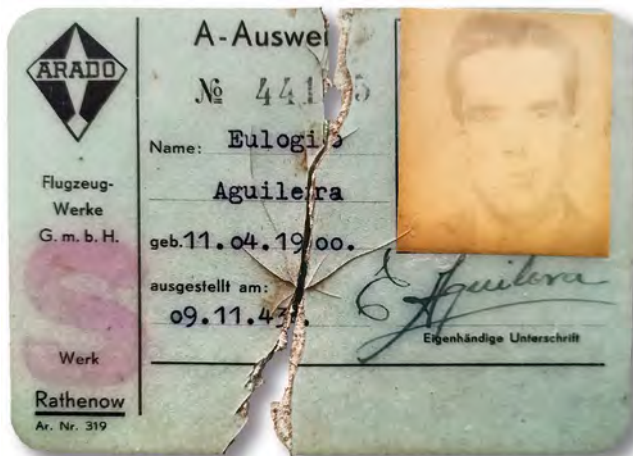
Fund-Material, das auf die Befreier hinweist: selbst ausgeschnittene Sowjetsterne als Siegessymbole, wie sie in Brandenburg seit 2014 aus Waldlagern der Roten Armee bekannt sind – und die auch unweit der Fundstelle in Rathenow im Wald verborgen liegen.

Von der Werksverwaltung angefertigt und ausgegeben wurden Werksausweise für die »Gefolgschaft«, in damaliger Diktion. Sie tragen Namen von deutschen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, aber auch holländische, französische, spanische und portugiesische Namen.

Auch an ihnen lässt sich der für die Zwangslager typische Umstand beobachten, dass lebensnotwendige Gegenstände selbst improvisiert angefertigt wurden. Die »deutschen« Ausweise besitzen oft stabile Metall-Einschubhüllen, die sie schützten. Auf den Ausweisen ist aufgedruckt, welche Strafen bei Verlust und Beschädigung fällig werden. Bei »ausländischen« Ausweisen ist manchmal zu erkennen, dass man sich aus dünnem Blech, zweifellos aus der Produktion, selber ähnliche Hüllen faltete – vielleicht auch um einen gewissen Status der Zugehörigkeit zu demonstrieren.

Besonders interessant sind die Ausweise mit spanischen und portugiesischen Namen. Die Geschichte spanischer NS-Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter ist schon gut erforscht, die der portugiesischen jedoch bislang –

auch in Portugal selbst – praktisch unbekannt. Zwar sind die Lebensgeschichten der portugiesischen Juden im Holocaust dokumentiert, jedoch nicht die der portugiesischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter sowie derjenigen, die als zivile Fremdarbeiterinnen und -arbeiter mehr oder minder freiwillig nach Deutschland kamen. Antonio Salazar und Francisco Franco haben etwa zur gleichen Zeit wie Hitler ihre Diktaturen in Portugal und Spanien aufgebaut. Die damit verbundene Verfolgung aller politischen Gegner im eigenen Land hat zu einer weit reichenden Migration vieler Portugiesen und Spanier nach Frankreich geführt. In der Folge hat sich durch die schnelle Niederlage Frank-



oben: Werksausweis von L. Parmantier
unten: Werksausweis von E. Aguilera

rechte Seite: Sowjetsterne und Fahnen spitze mit Hammer und Sichel



reichs im Zweiten Weltkrieg die Lebenssituation vieler Portugiesen und Spanier in Frankreich drastisch verändert. Um den Flüchtlingsinternierungslagern in Frankreich zu entgehen, hatten sich manche der Fremdenlegion oder den »Marschbataillonen« und »Arbeitskompanien« der französischen Armee angeschlossen und waren zusammen mit ihren französischen Kameraden in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten und ins Reich deportiert worden. Andere waren als Angehörige der Résistance in Frankreich verhaftet und in Konzentrationslager gebracht worden, wieder andere meldeten sich aus wirtschaftlicher Not zum freiwilligen Arbeitseinsatz in Deutschland oder wurden – zunehmend ab 1942 – von den Besatzungsbehörden zur Zwangsarbeit ins deutsche Reich verschleppt. Die neuen Funde aus Rathenow lassen diese Prozesse erstmals durch die Archäologie nachvollziehbar werden.

Dr. Thomas Kersting ist Leiter der Archäologischen Denkmalpflege in Brandenburg, und dort u.a. mit der Archäologie der Zeitgeschichte befasst.

Dr. Astrid Ley ist stellvertretende Leiterin der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen und insbesondere Expertin für Zwangsarbeiter aus Spanien.

Dr. Antonio Munoz-Sanchez ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Universität Lissabon, wo er sich mit Themen der Franco-Diktatur und deutsch-spanischen Beziehungen befasst.

Ansgar Schäfer ist Historiker und Filmemacher sowie Mitarbeiter des Goethe-Instituts und der Universität Lissabon, und beschäftigt sich speziell mit Zwangsarbeitern aus Portugal, zu denen 2018 eine Ausstellung erarbeitet wurde.

Weitere Lektüre:

M. Antkowiak/E. Völker, Dokumentiert und konserviert: ein Außenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen in Rathenow, Landkreis Havelland. Archäologie in Berlin und Brandenburg 2000, S. 147-149

Th. Kersting/A. Heinz, Identität aufgedeckt. (Neue Funde aus dem ARADO Zwangsarbeiterlager Rathenow), 05/2018, S. 55

Thomas Kersting, Astrid Ley, António Muñoz Sánchez, Ansgar Schäfer, Von Portugal ins Havelland – Zwangsarbeit in den Arado-Werken Rathenow. Archäologie in Berlin und Brandenburg 2017, S. 143-146
www.rotspanier.net

Das Holocaustmuseum Sered' – slowakische Wege zur »Vergangenheitsbewältigung«

Marta Ansilewska-Lehnstaedt und Stephan Lehnstaedt

Die Ermordung der slowakischen Juden

Die Slowakei ist ein junger Staat. Sie entstand 1993 aus der Tschechoslowakei, die sich in zwei Nachfolgestaaten spaltete. Eine eigene Nationalbewegung und Unabhängigkeitsbestrebungen hatte es allerdings schon weit vor dem Ersten Weltkrieg gegeben, als das heutige Staatsgebiet sich noch unter der Herrschaft Österreich-Ungarns befand. Bereits 1913 gründete der Priester Andrej Hlinka die nach ihm Hlinka-Garde genannte Slowakische Volkspartei, die einen konservativen, katholischen Nationalismus mit anti-sozialistischen und antisemitischen Strömungen verband. 1918, nach der Niederlage der Mittelmächte, gelang es allerdings nicht, einen eigenen Staat ins Leben zu rufen, stattdessen bestanden die alliierten Sieger auf der Gründung der Tschechoslowakei: Tomáš Masaryk, der erste Präsident dieses Landes, hatte in London und Paris erfolgreich mit der vorgeblichen kulturellen und sprachlichen Nähe von Tschechen und Slowaken argumentiert.

Für den 1938 verstorbenen Hlinka und seinen Nachfolger, den Priester Jozef Tiso, war diese Vereinigung unannehmbar. Immer mehr entwickelte sich die erfolgreichste Partei des slowakischen Landesteils in Richtung einer Führerbewegung, die mit dem Münchener Abkommen auch ganz offiziell den Schulterchluss mit Deutschland suchte und am 6. Oktober 1938 zunächst die Autonomie und am 14. März 1939, angesichts von Hitlers »Zerschlagung der Rest-Tschechei«, die Unabhängigkeit proklamierte.¹ Kernelement der Politik wurde, wie in Deutschland, die Verfolgung und Entrechtung der rund 80 000 Juden des Landes.

Bereits im November 1938 kam es zu pogromartigen Ausschreitungen und Ausweisungen von Juden, die nicht als slowakische Staatsbürger galten. Als klerikale Partei definierte die Hlinka-Garde »Juden« allerdings zunächst religiös, nicht rassistisch – die Taufe bot daher noch die Möglichkeit, dem Antisemitismus zu entkommen. Wer das nicht wollte, musste in rascher Folge Enteignungen, Berufsverbote und soziale Stigmatisierung gewärtigen, und ab Sommer 1940 gab es für jüdische Männer außerdem einen Pflichtarbeitsdienst.²

1940 trafen in Bratislava die ersten von zusammen rund 60 deutschen »Beratern« ein, unter ihnen auch Dieter Wisliceny, den das Berliner Reichssicherheitshauptamt für antijüdische Maßnahmen delegiert hatte. Und obwohl Tisos Regierung immer auf eine Wahrung ihrer Unabhängigkeit bedacht war und eben kein Kollaborationsregime, sondern einen Vasallenstaat bildete, trafen sich ihre Interessen mit denen der Deutschen bei der Verfolgung der Juden.³ So kam es 1941 zu einer rassistischen Definition von »Juden«, zu einer Kennzeichnungs- und zu einer allgemeinen Arbeitspflicht, für die Arbeitslager in Sered' und Nováky errichtet wurden. Im März 1942 übergab die Slowakei die ersten nicht arbeitenden Jüdinnen an die Deutschen, die sie nach Auschwitz deportierten und dafür vom Bündnispartner pro Person 500 Reichsmark erhielten. Bis Oktober 1942 gelangten so über 57 000 slowakische Juden und Jüdinnen in deutsche Hände und neben Auschwitz auch in die Vernichtungslager der »Aktion Reinhardt«,



Rybné námestie in Bratislava mit Holocaust-Denkmal und Silhouette der Neologen-Synagoge links.
Alle Fotos: Stephan Lehnstaedt

insbesondere nach Sobibor. In der Heimat blieben etwa 2500, die für das Regime in verschiedenen Lagern Zwangsarbeit leisteten, sowie weitere rund 20 000, die auf andere Weise von ökonomischer Bedeutung waren und daher vorerst nicht deportiert wurden.⁴

Angesichts der sich abzeichnenden militärischen Niederlage des Dritten Reiches begann auch in der Slowakei ein Absetzungsprozess vom übermächtigen Verbündeten. Am 29. August 1944 erhoben sich etwa 60 000 Soldaten und 18 000 Partisanen gegen das Tiso-Regime, was als Slowakischer Nationalaufstand in die Geschichte eingehen sollte.⁵ Noch allerdings waren die Deutschen in der Lage, den Widerstand zu unterdrücken; und weil Tisos Herrschaft nun mehr denn je auf Hilfe angewiesen war, konnte der Mitte September in Bratislava eintreffende Alois Brunner die ins Stocken geratene »Endlösung der Judenfrage« wieder aufnehmen und weitere Züge nach Auschwitz fahren lassen – bis zur Befreiung im März 1945 betraf das weitere 12 000 Menschen, die die Deutschen aus dem in ein KZ umgewandelten Lager Sereď deportierten.⁶ Insgesamt wurden so während des Krieges mehr als 70 000 Jüdinnen und Juden aus der Slowakei ermordet.⁷

»Vergangenheitsbewältigung« in der Slowakei

Mit der Erinnerung an dieses Verbrechen tut man sich in der Slowakei bis heute schwer. Das galt bereits für die kommunistische Tschechoslowakei, die einerseits den tschechischen Opferstatus seit dem Münchener Abkommen und andererseits die versuchte Selbstbefreiung des Slowakischen Nationalaufstands betonte. Es galt aber auch für das slowakische Exil, das großen Einfluss auf die nationalen Geschichtsbilder hatte. Bestimmend waren dort emigrierte Anhänger der Hlinka-Garde, die Tiso als Helden betrachteten und seinem Ministerpräsidenten Vojtech Tuka die Alleinschuld für die Judendeportationen zuschoben – von deren Ziel Tiso nichts gewusst und die er sofort gestoppt habe, als er über die Vernichtung erfuhr. In dieser Lesart führte der Aufstand



von 1944 zu einem Verlust von Kontrolle, was erst die vollständige »Endlösung« in der Slowakei erlaubte.⁸

Nach der Trennung in Tschechien und Slowakei 1993 entwickelte sich zu letzterer, in Gesellschaft und Kirche weithin konsensueller Deutung nur sehr langsam ein Gegennarrativ.⁹ Ursächlich dafür war letztlich das Streben, Mitglied der Europäischen Union zu werden, was eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit erforderte.¹⁰ Das Museum des Slowakischen Nationalaufstands in Banská Bystrica zeigte deshalb erstmals 1998 einige Bilder zum Holocaust in seiner Dauerausstellung; 2004 kam es zu einer Überarbeitung, die aber in bescheidenem Rahmen blieb. Ganz ähnlich ist es im seit 1993 existierenden und zum Nationalmuseum gehörenden Museum für Jüdische Kultur in Bratislava, das dem Judenmord seit 1996 zwei Räume widmet.¹¹ Im selben Jahr entstand in der Hauptstadt auch das nationale Holocaust-Monument auf dem Fischplatz (Rybné námestie), am Ort der 1969 abgerissenen Neologen-Synagoge.

Die Museumsbaracken in Sered. Links hinter der Mauer der weiter vom Militär genutzte Teil des ehemaligen Lagers

Das Holocaust-Museum Sered'

Eine eigenständige Gedenkstätte für den Judenmord oder überhaupt die Verbrechen des Tiso-Regimes gibt es erst seit 2016 in der Kleinstadt Sered', etwa 50 Kilometer östlich von Bratislava. Das Múzeum holokaustu v Seredi (Holocaust-Museum Sered') befindet sich auf dem Gelände des gleichnamigen historischen Arbeitslagers und späteren Konzentrationslagers, das insgesamt 16.000 Jüdinnen und Juden durchliefen – fast alle wurden nach Auschwitz deportiert.¹² Als Abteilung des Museums für jüdische Kultur war dessen Direktor Pavol Mešťan, zugleich Nestor der slowakischen Antisemitismusforschung, der verantwortliche Kurator.

Die Gedenkstätte belegt aktuell fünf ehemalige Steinbaracken des vormaligen Lagers, die bis weit ins 21. Jahrhundert durch das slowakische Militär genutzt worden waren. Nach wie vor sind Teile des weitestgehend erhaltenen Komplexes in dessen Besitz,



Dauerausstellung zum historischen Antisemitismus in der Slowakei

andere sollen in den nächsten Jahren an das Museum übergeben werden. Dabei handelt es sich dann nicht mehr um Unterkunftsräume, sondern z.B. das frühere Hospital, das zu einer Jugendbegegnungsstätte werden soll; für eine Werkstatt ist die Nutzung als Depot vorgesehen, ins ehemalige Verwaltungsgebäude sollen moderne Büros kommen, lediglich für pädagogische Angebote fehlt in der Planung bisher Platz – aber ganz grundsätzlich auch Geld für die notwendige Instandsetzung. Direkt an das Gelände schließt ein großer Güterbahnhof an, von dem damals die Deportationszüge fuhren.

Die fünf Museumsbaracken sind vor der Eröffnung generalsaniert worden. Dabei ging es weniger um die Wiederherstellung eines historisierenden früheren Zustands, als vielmehr um Bedürfnisse eines modernen Museums. Zugeständnisse an die Authentizitätserwartungen der Besucher sind lediglich Holzdielen sowie die Sichtbarmachung des hölzernen Trag- und Deckenwerks. Dementsprechend versuchen auch die Außenanlagen nicht, den Schein vergangener Zeiten zu erwecken: Zu sehen gibt es dort lediglich einen neu gestrichenen Eisenbahnwaggon, der zweimal für Deportationen nach Auschwitz eingesetzt wurde.¹³ Von den fünf Gebäuden werden vier momentan genutzt, davon eines für Sonderausstellungen und Büros. Im fünften, das andere Arbeitslager für Juden in der Slowakei thematisieren soll, wird noch an der Gestaltung gearbeitet; die Eröffnung soll gemeinsam mit der Präsentation eines Katalogs 2020 stattfinden.¹⁴

Gleich der erste Teil der Ausstellung beeindruckt: Er ist dem slowakischen Antisemitismus gewidmet und nimmt auch die Jahre vor dem Holocaust in den Blick. In den ansonsten durchgängig slowakisch und englisch gehaltenen Texten werden ausländische Besucherinnen und Besucher zwar eine Einführung in den historischen Kontext der Slowakei und der Hlinka-Garde vermissen, bekommen dafür aber höchst anschaulich die extremen Ausprägungen dieses zugleich katholisch und rassistisch geprägten Ausgrenzungsdiskurses vorgeführt. Neben sprechenden Exponaten – für



viele der gezeigten Karikaturen bedarf es keiner Fremdsprachenkenntnisse – überzeugt auch die Inszenierung, die Schmierereien und Zeichnungen an Wänden bietet. Selbst ohne Vorwissen wird hier deutlich, wie stark die Judenfeindschaft in der damaligen Gesellschaft verankert war. Ohne bereits explizit antisemitische Maßnahmen, Gewalt und Deportation zu thematisieren, verdeutlicht die Gedenkstätte die Folgen dieses mörderischen Gedankenguts, weil im hinteren Teil der Baracke die Namen der slowakischen Holocaust-Opfer genannt werden. Gleich einem aufgeschlagenen Gedenkbuch sind sie hier vor schwarzem Hintergrund in Glasplatten eingeritzt. Diese gegen die Anonymität der Toten gerichtete Darstellung gewinnt ihre Aussagekraft schon alleine aus der Anzahl der Namen.

»Klassenzimmer«
in Sered

Die zweite Baracke kann demgegenüber weit weniger überzeugen. Sie zeigt das Lager Sered und präsentiert neben mehreren Alois Brunner gehörenden Objekten zunächst die Baugeschichte des slowakischen Arbeitslagers, das tatsächlich von jüdischen Architekten geplant wurde. Was nach dieser allgemeinen Einführung mit sehr knappem Text und vielen nicht erläuterten historischen Fotos folgt, verbietet sich eigentlich: Es sind Nachbauten verschiedener Werkstätten sowie eines Klassenzimmers, die damals freilich nicht in den Wohnbaracken, sondern in gesonderten Bauten bestanden. Unklar ist nicht nur, welche der präsentierten Stücke denn zeitgenössisch und welche neu sind – augenscheinlich vor allem letzteres –, sondern vor allem, was hier gezeigt wird. Es gibt keinen einzigen Text: wohlorganisierte Arbeitsstätten in Verbindung mit großformatigen Propagandafotos vermitteln eher einen Eindruck historischer Arbeitstechniken als den der Bedingungen in einem Zwangsarbeitslager. Das alles wirkt mehr wie eine ethnologische Ausstellung, wie ein Skansen, aber kaum wie eine Holocaust-Gedenkstätte. Ein karger Schlafsaal mit nichts als Strohsäcken soll anscheinend illustrieren, dass keinesfalls alles nur rosig war, trotzdem ist die Inszenierung mit ihrem Authentizitätsversprechen in dieser Weise mindestens irritierend.

Im nächsten Teil der Dauerausstellung in der dritten Baracke kehren die Ausstellungsmacher zu klassischen Darstellungsformen zurück – Tafeln und Text. Es geht um den Holocaust als solchen, mit knappen Worten werden verschiedene deutsche Lager vorgestellt, in denen sich slowakische Jüdinnen und Juden während des Krieges aufhalten mussten. Ausführlicher wird auf die Geschichte von jüdischem Widerstand sowie von Judenretterinnen und -rettern eingegangen, wobei die von Yad Vashem als Gerechte unter den Völkern ausgezeichneten Personen sowie die von ihnen Geretteten im Vordergrund stehen. Eine Videostation mit angenehm zurückhaltenden, etwa zehnmütigen Interviews mit heute in der Slowakei wohnenden Überlebenden rundet die Präsentation ab.

Slowakische Wege zum Holocaust

Die Slowakei tat und tut sich schwer mit der eigenen antisemitischen Vergangenheit und der Ermordung der slowakischen Juden. Wo Tschechien nach 1992 die Viktimisierung verstärkte, dominierte in der Slowakei einerseits die Heroisierung des Nationalaufstands von 1944, andererseits die Verklärung Jozef Tisos und seiner Hlinka-Garde. Eine Konfrontation dieser nationalistischen Narrative mit dem Geschehen des Holocaust fand nicht statt, der Judenmord ist nach wie vor marginalisiert.¹⁵ Die Gedenkstätte in Sered' tritt an, hierzu einen Kontrapunkt zu setzen. Und mindestens mit dem ersten Teil der Dauerausstellung, der den slowakischen Antisemitismus thematisiert, gelingt das eindrucksvoll.

Demgegenüber fallen die anderen Baracken auf dem historischen Gelände ab. Dabei mangelt es nicht an einem internationalen Standard der Inszenierung, ganz im Gegenteil – Vorbilder wie etwa das US Holocaust Memorial Museum lassen sich identifizieren, ohne dass es lediglich epigonal wirken würde. Das Museum kommt außerdem mit wenig Technik aus und setzt in dieser Hinsicht von seinen Besuchern keine Medienaffinität voraus. Aber für ganzheitliche Bildung und entsprechende Rezeptionsmöglichkeiten fehlen kontextualisierende Informationen und Erklärungen; und selbst wenn sich die Dauerausstellung nicht primär an internationale Gäste wendet, wären beispielsweise Karten oder einführende Texte sinnvoll. Besonders hervorstechend ist dieser Mangel in dem Gebäude, das dem Arbeitslager Sered' gewidmet ist. Eine kritische Einordnung der gezeigten Musterwerkstätten oder auch methodische Überlegungen zur Verwendung von Propagandafotos werden dort schmerzlich vermisst.

Am Ende fehlt zudem ein Narrativ. Grundsätzlich ist es durchaus sinnvoll, wenn sich die momentan drei Baracken der Dauerausstellung auch einzeln besuchen lassen, was gerade in der Pädagogik eine größere Eindringtiefe ermöglicht. Doch in der aktuellen Gestaltung erschließen sich dem unkundigen Besucher die Zusammenhänge nicht. So bleiben etwa Alois Brunners Gehstock, Koffer und Waschtisch bloße Kuriosa – was die SS-Einsatzgruppe H in der Slowakei tat, wird nicht erwähnt. Unklar bleibt ferner, welche Aufgaben im Holocaust überhaupt Slowaken übernahmen und wie die Bevölkerung auf die Deportationen reagierte. Der Kausalnexus von slowakischem Antisemitismus, Arbeitslager und Judenmord, der sich durchaus chronologisch erzählen ließe, ist nirgends verbalisiert – wie überhaupt Täter und Zuschauer weitestgehend abwesend sind –, sondern lediglich durch die räumliche Zusammengehörigkeit in der Gedenkstätte präsent.

Die unterbliebene Konfrontation – dass Täterschaft und Verantwortung nicht ausgesprochen werden – hat wohl nicht zuletzt mit der gesellschaftlichen Erwartungs-

haltung zu tun; bzw. dem, was die Ausstellungsmacher ihren Landsleuten zumuten wollten. Angesichts des oben geschilderten Umgangs mit der Vergangenheit war das vermutlich ein notwendiger Kompromiss, um überhaupt den ersten Schritt einer Holocaust-Gedenkstätte gehen zu können. Den globalen Trend der Selbsthistorisierung, der den Umgang mit historischen Orten thematisiert und in Sered' unter anderem die Nachnutzung des Lagers durch das Militär behandeln müsste, kann man vor diesem Hintergrund kaum einfordern, selbst wenn er dort einige Aussagekraft hätte. Freilich ist »Vergangenheitsbewältigung« ein nicht selten qualvoller und deshalb oft langsamer Prozess – für seine Gestalter wie für eine Gesellschaft. Insofern bleibt abzuwarten, welche Entwicklungen und Dynamiken von dieser ersten, durchaus sehenswerten Holocaust-Gedenkstätte der Slowakei ausgehen werden.

Dr. des. Marta Ansilewska-Lehnstaedt ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Stille Helden in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. **Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt** ist Historiker und Professor für Holocaust-Studien und Jüdische Studien am Touro College Berlin.

- 1 Valerián Bystrický/Michal Schvarc, »München« und die Entstehung des Slowakischen Staates, in: Jürgen Zarusky/Martin Zückert (Hrsg.), Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive, München 2013, S. 383–410.
- 2 Mariana Hausleitner u.a., Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 13: Slowakei, Rumänien und Bulgarien, Berlin 2018, S. 20–22 und 24f.
- 3 Tatjana Tönsmeier, Das Dritte Reich und die Slowakei 1939–1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn, Paderborn 2003.
- 4 Hausleitner u.a., Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 13, S. 31–34.
- 5 Vgl. zuletzt Adam Hudek, Der Slowakische Nationalaufstand – Geschichte und Wahrnehmung, in: Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Hrsg.), »Es lebe unsere gerechte Sache!« Der Slowakische Nationalaufstand, 29. August bis 27. Oktober 1944, Berlin 2016, S. 120–169.
- 6 Lenka Šindelářová, Finale der Vernichtung. Die Einsatzgruppe H in der Slowakei 1944/1945, Darmstadt 2013, S. 95–100.
- 7 Hausleitner u.a., Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 13, S. 42–45.
- 8 Umfassend hierzu Tomas Sniegón, Vanished history. The Holocaust in Czech and Slovak historical culture, New York 2017, beS. S. 75–93.
- 9 Das belegt etwa die annotierte Bibliographie von Pavol Mešťan, Anti-Semitism in Slovak publications (2010–2012), Bratislava 2015; vgl. für die Nachwendzeit auch ders., Anti-Semitism in Slovak politics, 1989–1999, Bratislava 2000.
- 10 James Mace Ward, Priest, Politician, Collaborator. Jozef Tiso and the Making of Fascist Slovakia, Ithaca 2013, S. 278–280.
- 11 Katalin Deme, Jüdische Museen in Ostmitteleuropa. Kontinuitäten – Brüche – Neuanfänge: Prag, Budapest, Bratislava (1993–2012), Göttingen 2016, S. 230–244.
- 12 Die Eröffnungsfeierlichkeiten 2016 dokumentiert Pavol Mešťan (Hrsg.), Sered'. Stála expozícia múzea holokaustu/Sered'. The permanent exhibition of the Holocaust exhibition, Bratislava 2016.
- 13 Voher-Nachher-Fotos der Renovierung in ebd., S. 85–90.
- 14 www.snm.sk/?about-the-museum-19 [4. 7. 2019].
- 15 Sniegón, Vanished history, S. 202.

Zur Bedeutung der Beschäftigung mit Mitarbeiterinnen des Reichssicherheitshauptamts am Beispiel der Stenotypistin bei der Besprechung am Wannsee am 20. Januar 1942

Elke und Marcus Gryglewski

In einem Aufsatz zur Überlieferungsgeschichte und revisionistischen Fälschungsvorwürfen gegen das Protokoll der Wannsee-Konferenz thematisiert Christian Mentel 2013 in einer Fußnote die Tatsache, dass es zwar bereits 1962 konkrete Hinweise auf die Anwesenheit einer Sekretärin bei der Besprechung am Wannsee am 20. Januar 1942 gegeben habe, diese aber im Laufe der jahrzehntelangen Beschäftigung von Historikerinnen und Historikern nicht wieder aufgegriffen worden seien.¹ Obwohl seit der Eröffnung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz im Jahre 1992 auch hier in unterschiedlichen Kontexten immer wieder von der möglichen Anwesenheit einer Sekretärin gesprochen wurde, verfolgte niemand der festen oder freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Frage.

Als 2019 eine erneute externe Nachfrage zur Anwesenheit einer Sekretärin, die sich auf eine Zitierung Mentels in einem der populären ZEITGeschichte-Hefte bezog,² an die Gedenk- und Bildungsstätte herangetragen wurde, führte Marcus Gryglewski eine diese Frage betreffende Recherche durch. Im Folgenden wird die Geschichte von Frau Ingeburg Werlemann, später Wagner kurz vorgestellt und in den Kontext der Bedeutung ihrer Thematisierung für den Umgang mit den nationalsozialistischen Verbrechen gesetzt.³

Fräulein Ingeburg Werlemann/Frau Ingeburg Wagner – Sekretärin von Adolf Eichmann

Ingeburg Werlemann wurde am 28. April 1919 in Berlin-Altglienicke geboren. Nach ihrer Ausbildung zur Sekretärin, im Rahmen derer sie wie üblich auch einen Kurs in Stenographie belegte, arbeitete sie zunächst beim Generalbauinspekteur Berlin und für kurze Zeit bei der Militärärztlichen Akademie als Schreibkraft.

Sie war seit 1934 Mitglied im Bund Deutscher Mädel, später auch bei der Deutschen Arbeitsfront und wirkte als Helferin des NSV. Am 1. September 1938 trat sie in die NSDAP ein. Ab dem 1. März 1940 war sie in Eichmanns Referat im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) tätig, wo sie zunächst als »Kanzleiangestellte« für Theodor Dannecker arbeitete. Ab Ende 1940, höchstwahrscheinlich nach Danneckers Abordnung nach Paris im September, war sie dann direkt Eichmann zugeordnet. Bis zum Frühjahr 1945 blieb sie im Vorzimmer des Referatsleiters und seines Stellvertreters Rolf Günther, zusammen mit dem Geschäftsführer des ab März 1941 nach einer organisatorischen Verschiebung unter dem berüchtigten Kürzel IV B 4 firmierenden Eichmann-Referats Rudolf Jänisch. Eine weitere dem Vorzimmer fest zugeordnete Sekretärinnenstelle wurde in dieser Zeit mehrmals neu besetzt.⁴ Als sie am 20. Januar 1942 bei der heute als Wannsee-Konferenz bekannten Besprechung aller Wahrscheinlichkeit nach für Adolf Eichmann stenotypierte, war sie die dienstälteste Sekretärin des Referats. Im Juni 1944 heiratete sie den Wehrmachtsoffizier Heinz Wagner.

Viele Nachkriegsaussagen von Sachbearbeitern des Referats, u.a. die von Jänisch und von Kolleginnen, bestätigen Werlemann/Wagners besondere Stellung im Vorzimmer und sprechen ausdrücklich von »Eichmanns Sekretärin«. Sie selbst erklärte im Zuge der strafrechtlichen Ermittlungen, es habe Bemühungen seitens ihres Mannes und Schwiegervaters gegeben, sie aus der Abteilung von Eichmann versetzen zu lassen, was aber von Eichmann mit dem Argument, sie befände sich in »kriegswichtigem Einsatz«, abgelehnt wurde.⁵

Somit blieb sie bis Anfang Mai 1945 im Dienst des Referats IV B 4, deren Reste im Februar 1945 nach Prag verlegt wurden. Dort wurde sie Anfang Mai zunächst verhaftet, dann jedoch zusammen mit ihrer Mutter über die tschechische Grenze abgeschoben und kehrte über Dresden nach Berlin zurück. Nach einer kurzen Inhaftierung in Berlin durch die sowjetische Militäradministration, Freilassung und erneuter Inhaftierung am 1. September 1945, wurde Frau Wagner letztlich im Speziallager Sachsenhausen interniert, wo sie bis August 1948 inhaftiert blieb. Im Speziallager lernte sie Käte Werth kennen und ging mir ihr eine Beziehung ein. Von da an blieben beide Frauen zusammen. Ingeburg Wagner ließ sich einvernehmlich von ihrem Mann scheiden. In dem Scheidungsurteil heißt es, »dass seit Ende 1944 jede eheliche Gemeinschaft der Parteien ausgehoben [gewesen] sei«.⁶ Kinder waren nicht aus der Ehe hervorgegangen.

Nach ihrer Entlassung wohnte sie wieder bei ihrer Mutter im Hessenwinkel in Berlin-Wilhelmshagen. Nach eigenen Angaben »floh« sie 1951 in die Bundesrepublik und war ab April des Jahres in Bonn gemeldet.⁷ Hier betrieb ihre Partnerin Käte Werth als ausgebildete Fotografenmeisterin ein florierendes Unternehmen, die Werth-Color Kopieranstalt, in das Ingeburg Wagner einstieg und im kaufmännischen Bereich arbeitete. Käte Werth war auch als Fotografin überaus erfolgreich und arbeitete beispielsweise für die Regierung Brandt. Ende der 1980iger-Jahre verzogen sie nach Garmisch-Partenkirchen. Sie verpartnerten sich, gaben in ihrem Umfeld jedoch an, dies aus steuerlichen Gründen zu tun. 2009 starb Käte Werth, im darauffolgenden Jahr Ingeburg Wagner. Ihr Nachlass wurde von Nachfahren einer entfernteren Verwandten von Frau Werth verwaltet. Deren Auskunft nach fanden sich dort »Unmengen« Literatur, u.a. von und über Leni Riefenstahl. Von der Tätigkeit von Ingeburg Wagner als Sekretärin in Eichmanns Vorzimmer war dem Umfeld bis 2019 nichts bekannt.⁸

Ingeburg Wagner wurde im Rahmen von Ermittlungsverfahren und Prozessen wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen nach heutigem Kenntnisstand insgesamt sieben Mal zu ihrer Tätigkeit im RSHA, insbesondere ihrer Funktion bei Adolf Eichmann befragt. So kam es auch zu Aussagen zu ihrer Anwesenheit als Schreibkraft bei der Besprechung am Wannsee.

In der Hauptverhandlung gegen einen der leitenden Mitarbeiter von Adolf Eichmann, Otto Hunsche, sagte sie 1962 zum ersten Mal in dieser Sache aus. Sie habe auf einer Konferenz im Gästehaus am Wannsee stenographiert:

StA [Staatsanwalt].: »Haben Sie im RSA. [RSHA] Befehle zu Gesicht bekommen, welche die sogenannte Endlösung betrafen?«

*Zeugin: »Nein. Es ist richtig, daß ich Geheimsachen für Eichmann geschrieben habe.«
[...]*



Ingeburg Werlemann, um 1944. Bundesarchiv Berlin, R 9361-III/513631, Bl. 19

Nebenkläger: »Am 20.1.1942 fand die Konferenz am Großen Wannsee statt. Diese wurde von IV B 4 vorbereitet. Sie ging in die Geschichte ein. Haben Sie dort im Feber [fälschlicherweise Februar] Protokoll geführt?«

Vertr. [eter des Angeklagten]: »Ich spreche mich dagegen aus.«

StA.: Ich schließe mich der Frage des Herrn Dr. Ormond an und frage gleich, ob der Angekl. am 27.10. Protokoll geführt hat?«

Angekl.: »Ich? Zu dieser Zeit war Suhr noch da!«

Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück. Nach Beratung beschlossen und verkündet: Die beiden Fragen werden zugelassen.

Zeugin: »Ich war einmal am Wannsee. Ob das diese Konferenz war, daß weiß ich nicht mehr. Einmal habe ich ein Protokoll geführt im Gästehaus am Wannsee. Ich weiß nicht, ob der Angekl. [Hunsche] Protokoll geführt hat. Der StA. hat mir aus einem Buch ein Protokoll vorgelegt. Er glaubte, ich hätte das geschrieben. Meiner Erinnerung [nach] kann ich das nicht getan haben.«⁹

Wichtig an dieser Befragung ist, dass die Frage nach der Wannsee-Konferenz für sie völlig überraschend gestellt wird. In der zweitägigen Zeugenvernehmung durch die Oberstaatsanwaltschaft Frankfurt a.M. einen Monat zuvor war sie daraufhin nicht angesprochen worden. Ebenso bezeichnend wie die Tatsache, dass sie darauf hinweist, »Geheimsachen« für Eichmann geschrieben zu haben, aber keine, welche die so genannte Endlösung betrafen, ist, dass sie die Frage nach dem Protokoll der Wannsee-Konferenz nicht einfach mit dem in ihrer kurzen Befragung insgesamt sieben Mal benutzten »Das weiß ich nicht.« beantwortet oder schlicht verneint. Auch differenziert sie hier bereits zwischen dem Mitstenografieren der Besprechung und der Anfertigung des Protokolls. Damit sind ihre Aussagen in dieser Vernehmung im Hinblick auf die Wannsee-Konferenz stimmig, da das Protokoll, wie hinlänglich bekannt, von Adolf Eichmann in Absprache mit Reinhard Heydrich verfasst wurde.

Fünf Jahre später wird sie in einer Vernehmung im Rahmen der Komplexermittlungen der Berliner Generalstaatsanwaltschaft gegen ehemalige Angehörige des RSHA zum zweiten Mal zur Wannsee-Konferenz befragt.

»Auf Vorhalt, daß ich vor dem Schwurgericht am 25. 6. 1962 ausgesagt habe, daß ich einmal in Wannsee gewesen sei und Protokoll geführt habe, bestätige ich diese Angabe. Mir ist in Erinnerung, daß bei der fraglichen Besprechung u.a. Heydrich zugegen gewesen ist. Über die Besprechungen war ein stenographisches Protokoll zu fertigen, welches ich und – wie ich mich zu erinnern glaube – auch Frau Behrendt aufgenommen hat. Ob unsere stenographischen Aufzeichnungen die Grundlage für das reinschriftliche Besprechungsprotokoll in dem Vorgang IV B 4 1456/41 gRs (1344) gewesen sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich vermag aus der Erinnerung heraus auch nicht mehr zu sagen, ob die mir vorgelegte Reinschrift des Besprechungsprotokolls vom 20.1.1942, also über die sog. »Wannsee-Konferenz«, von mir stammt. Ich möchte in diesem Zusammenhang sogar meine Unkenntnis darüber zum Ausdruck bringen, ob wir, d.h. Frau Behrendt und ich, gerade an dem besagten 20. 1. 1942 an einer Konferenz in Wannsee als Protokollführerinnen beteiligt waren. Ich kann nicht ausschließen, daß dies möglicherweise zu einem anderen Zeitpunkt geschehen sein könnte. Ich möchte meinen, daß an der Besprechung, an der ich teilgenommen habe und die mir in Erinnerung ist, auch Novak zugegen gewesen ist. An Eichmann als Besprechungsteilnehmer vermag ich mich nicht

- HHG/B/151/E/138-

Bescheinigung
nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes

~~Max~~ Wagner geb. Werlemann Ingeburg
Frau Vorname

geb. am 28. April 1919 in Berlin Kreis Berlin

wird hiermit gemäß § 10 Abs. 4 des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Personen, die in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz - HHG), i. d. F. vom 13. März 1957 (BGBl. I S. 168) bescheinigt, daß bei ~~ihm~~ ihr*) die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 HHG - ~~und des § 2 Abs. 1 HHG -~~ *) vorliegen und Ausschließungsgründe nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HHG nicht gegeben sind.**)

1. Beginn des politischen Gewahrsams i. S. des § 1 Abs. 1 und 2 HHG: 1. September 1945

2. Ende des politischen Gewahrsams: 19. August 1946

3. Ort des Gewahrsams: a) ~~Zuchthaus~~ - Gefängnis - Konzentrationslager - Internierungslager*)

in Berlin-Rahnsdorf, Berlin-Köpenick, Hohenschönhausen,
Sachsenhausen

b) Zwangsaufenthalt***)

in

4. Tag ~~an~~ - ihres *) Eintreffens im Bundesgebiet bzw. im Land Berlin am 1. März 1951

Diese Bescheinigung ist kein Nachweis dafür, daß Ansprüche nach §§ 4 oder 9a HHG bestehen.

Stadt Bonn
Der Oberstadtdirektor
I.V.

(Maacke)

Bonn, den 26.4. 1958

(Ort)

(Datum)

(Siegel)

Beigeordneter

(Dienststelle)

§ 10 Abs. 4 HHG über ehem. politische Häftlinge - amtl. Muster 3 -
Bescheinigung für ehem. polit. Häftlinge - amtl. Muster 3 -

Bescheinigung Häft-
lingshilfegesetz 1958.
Privatbesitz Gryglewski

zu erinnern; dagegen halte ich die Anwesenheit Günthers für wahrscheinlich und die von Jänisch für sicher.¹⁰

Anstatt hier ihre Aussage von 1962 zu widerrufen, ergänzt sie die Information, dass die fragliche Besprechung im Gästehaus stattgefunden habe, noch durch den Hinweis der Anwesenheit Heydrichs. Gerade dadurch wird aus der Teilnahme an einer Besprechung im Gästehaus am Wannsee die an der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942. Denn eine andere hat es, wie wir heute wissen, bis zum Tod des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD Anfang Juni 1942 dort nicht gegeben. Gleichzeitig beginnt sie hier bereits geschickt die »Verwirrspielchen« mit Personen, die an der Besprechung teilgenommen haben könnten, um ihre vermeintliche »Unkenntnis«, ob sie »gerade an dem besagten 20. Januar 1942« Protokoll geführt habe angesichts der Bedeutung des Ereignisses zu stützen. Dass sie eine vermeintliche Anwesenheit einer weiteren Schreibkraft, Margot Behrendt, mit dem Einschub - »wie ich mich zu erinnern glaube« - abschwächt, verdeutlicht ebenfalls ihre Ablenkungsversuche und ein dabei möglicherweise vorhan-

denes Unwohlsein.¹¹ In ihren weiteren Aussagen blieben das Gästehaus am Wannsee und die Teilnahme Heydrichs Konstanten – auch die Teilnahme Eichmanns stellte sie später nicht mehr in Frage, was ohnehin nur schwer vorstellbar gewesen wäre.

Ingeburg Wagners Aussagen deckten sich an mehreren Stellen mit Aussagen von Adolf Eichmann. So hatte auch er bei seinen Vernehmungen in Israel von der Anwesenheit einer Stenotypistin gesprochen.¹² Insbesondere aber gab es Übereinstimmungen im Hinblick auf den Verlauf der Besprechung. So führte sie bei einer weiteren Befragung 1970 aus:

»Die Tatsache, daß ich als Protokollführerin zu einer Besprechung abgeordnet wurde, die in Anwesenheit des Herrn Heydrich im Gästehaus am Wannsee in einem Kreis von etwa 12 bis 20 Personen [stattfand] hat mir in Bezug auf die gegen die Juden geplanten Maßnahmen, wenigstens meiner heutigen Erinnerung nach, keine Erkenntnisse vermittelt. Ich erinnere mich an das, was dort besprochen worden ist, nicht mehr. Weiß sogar nicht einmal mehr, ob Judenangelegenheiten besprochen wurden. Wenn mir gesagt wird, daß danach noch weitere Besprechungen auch in der Kurfürstenstrasse stattgefunden haben, habe ich an diese keine Erinnerung. Die Besprechung, an der ich teilgenommen habe, war im übrigen am Wannsee. Von der Besprechung weiß ich selbst nur noch, daß mein Versuch stenographische Aufzeichnungen zu machen, mißglückte, weil viel durcheinander gesprochen wurde. Ob dann doch ein Protokoll durch ein zusammenfassendes Diktat gefertigt worden ist, kann ich nicht mehr sagen. Mit mir war noch Frau Behrend[t] dort. Wer von der Dienststelle anwesend gewesen ist, ist mir ebenfalls nicht mehr in Erinnerung. Dunkel erinnere ich mich daran, daß möglicherweise Günther und Novak dort gewesen sind. Vielleicht war auch Eichmann anwesend.«¹³

Hier finden sich zwar erneut die Hinweise auf das Gästehaus, die Anwesenheit von Heydrich und erneut die Ausweitung des Personenkreises. Entscheidend ist jedoch die Aussage, es sei schwierig gewesen zu stenografieren, weil alle durcheinander gesprochen hätten. Diese deckt sich dabei mit einer Äußerung Eichmanns, der in Jerusalem in der Sitzung vom 24. Juli 1961 unter anderem zu der Frage, wann während der Besprechung genau ganz offen von »Töten und Eliminieren und Vernichten« gesprochen wurde, aussagte:

»Es war auch im offiziellen Teil, Herr Präsident, aber der offizielle Teil, wenn man so will, der setzte sich wieder aus zwei Teilen zusammen – nämlich der Anfang – wo alles ruhig gewesen ist und zu gehorchen hat und dann gegen das Ende zu, wo die Sache durcheinandergesprochen wurde und wo die Ordonanzen überreichten die ganze Zeit Cognac oder andere Getränke und es ist nicht, daß etwa eine alkoholische Wirkung zustandegekommen wäre – ich will damit nur sagen, es war eine offizielle Angelegenheit – aber doch wieder keine cheffizielle Angelegenheit, wo jeder ruhig war und jeder jeden ruhig aussprechen ließ, sondern wo am Ende alles durcheinander gesprochen wurde.«¹⁴

Bei dem ruhigen Teil der Besprechung bezieht sich Eichmann auf die Sequenz, in der Heydrich die bereits stattgefundenen Maßnahmen bilanzierte und die zukünftig geplanten gegen die jüdische Bevölkerung vorstellte. In der diesem Referat folgenden lebhaften Aussprache meldeten sich – wie man dem Protokoll entnehmen kann – einzelne Anwesende mit Wünschen und Vorschlägen zum Ablauf und zur Organisation der »Endlösung« zu Wort. Dass Frau Werlemann/Wagner ihre Aussagen im Hinblick auf die Anwesenheit tatsächlicher und vermeintlicher Teilnehmer bei der Konferenz

im Verlauf der Jahre veränderte, lässt darauf schließen, dass sie sich über mögliche »juristische« Konsequenzen zunehmend im Klaren war und deswegen versuchte, die Staatsanwaltschaften in die Irre zu führen.

Die Bedeutung der Beschäftigung mit Frauen als Täterinnen und Mitläuferinnen

Trotz mehrfacher Hinweise auf eine Schreibkraft bei der Besprechung am Wannsee hat es bis 2019 keine systematische Recherche gegeben. Dies ist auf mehreren Ebenen symptomatisch für den Umgang mit Frauen als Mitläuferinnen (oder Täterinnen) im System der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik. Im Hinblick auf die Justiz wurde Frau Werlemann/Wagner zwar bei mehreren Prozessen verhört, ihre Aussagen hatten aber keine juristischen Folgen. Zunächst als potenzielle Angeklagte wegen Beihilfe zum Mord, wurde sie jedoch schließlich lediglich als Zeugin verhört.

Nachdem jedoch z.B. die RSHA-Verfahren juristisch gescheitert waren und die meisten Angeklagten nach einer Gesetzesänderung noch nicht einmal wegen Beihilfe zum Mord verurteilt werden konnten, geriet auch sie wieder in Vergessenheit. Eine Beobachtung oder gar systematische Begleitung der NSG-Verfahren durch die Wissenschaft hatte es ohnehin nicht gegeben.

Ab den 1990er-Jahren, als die Geschichtswissenschaft begann, die Prozessunterlagen als Quellen zu benutzen, wurden ihre Aussagen ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen. Bei der Fokussierung auf Täter und Tatkomplexe dürfte eine einfache Sekretärin völlig irrelevant erschienen sein. Insbesondere Matthias Heyl hat die Bedeutung hervorgehoben, sich auch mit den Täterinnen der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik auseinanderzusetzen.¹⁵ Während er dabei auf die weiblichen Wachmannschaften in Konzentrationslagern abzielt und es mittlerweile unstrittig ist, diese Tätergruppe auch im Blick zu haben, fehlt bleibend ein Bewusstsein für weibliche (Mit-)Täterschaft im Bereich der sogenannten Schreibtischtäter(innen) im Kontext des systematischen Massenmords an den europäischen Jüdinnen und Juden. Selbst im Rahmen der seit 1992 stattfindenden Seminare mit Angehörigen der öffentlichen Verwaltung, im Rahmen derer Kommunal- und Finanzverwaltung intensiv in den Blick genommen wurden, richtete sich der Blick zwangsläufig auf Männer – sei es in der Rolle der Täter, als auch in der Rolle der Widerständigen. Lediglich im Hinblick auf den Fürsorge- und Gesundheitssektor finden Frauen größere Beachtung, was mit diesem bereits zur Zeit des Nationalsozialismus mehr als klassischen Berufsfeld für Frauen zusammenhängt.¹⁶

Den Blick auch auf Frauen in allen damals möglichen Tatkomplexen zu richten, unterstützt die Auseinandersetzung mit dem Konkreten und bedeutet, die Dimension der Verbrechen einschließlich der sich für die gesamte Gesellschaft daraus ergebenden Folgen an sich heranzulassen. Darüber hinaus birgt es die Chance, sich mit sogenannten Männer- und Frauenbildern im Nationalsozialismus zu befassen. Dabei geht es nicht darum, eine vermeintliche Gleichheit zwischen allen Männern und allen Frauen herzustellen – selbst die Sekretärinnen einzelner Teilnehmer der Wannsee-Konferenz waren, wie exemplarisch gezeigt werden kann, sehr unterschiedlich. Vielmehr kann man nachvollziehen, welche Rollenbilder geprägt wurden und Erwartungen mit sich brachten. Diese zu verstehen, erleichtert es auch, Nachkriegsdiskurse bis in die Gegenwart zu Männern und Frauen nachzuvollziehen. So spiegeln die Zeugnisse, die Frau Werlemann/Wagner durchgängig von ihren Vorgesetzten erhielt, das Bild einer verläss-

lichen Sekretärin, wie es bis heute existiert. Beispielsweise heißt es in dem von Eichmanns Stellvertreter Rolf Günther am 25. 5. 1944 im Zuge der Bearbeitung des Heiratsantrags durch das Rasse- u. Siedlungshauptamt ausgestellten »Dienstleistungszeugnis für die Kanzleiangestellte Ingeburg Werlemann, geb. 28. 4. 1919 in Berlin-Altglienicke, ledig, gottgläubig (bis 1927 evangl.), NSDAP-Nr. 6941822«:

»Frl. Werlemann wurde im März 1940 vom Reichssicherheitshauptamt als Kanzlei-angestellte eingestellt. Seit Ende 1940 ist sie aufgrund ihrer einwandfreien dienstlichen Leistungen und ihrer guten Allgemeinbildung im Vorzimmer des Referenten tätig.

Frl. Werlemann ist ein flotte und zuverlässige Mitarbeiterin, die ihren vielseitigen Arbeiten sauber und zur vollsten Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten erledigt. Besonders hervorzuheben ist neben ihrer guten und selbstständigen Arbeitsleistung ihre klare politische Haltung sowie ihre anständige Führung in und außer Dienst. Frl. Werlemann ist mit ihrem ausgeglichenen Wesen und ruhigen Charakter eine der bewährtesten Mitarbeiterinnen der Dienststelle.

Im Auftrage: [handschriftlich:] Günther«¹⁷

Einige der hier aufgeführten »Tugenden« galten Jahrzehnte noch für Sekretärinnen unterschiedlicher Branchen als lobenswert.

Ganz anders verhält es sich – um nur andeutungsweise auf ein anderes Beispiel einzugehen – mit der Sekretärin von Martin Luther aus dem Auswärtigen Amt, Ursula Marx. Liest man ihr Tagebuch, bekommt man den Eindruck einer nicht eigenständig handelnden Person. Ihre Beobachtungen und Kommentare reduzieren sich auf Beschreibungen ihres Tagesablaufs und die Frage, wen sie in welchen Zusammenhängen kennenlernen konnte.¹⁸

Die Diskussion um das Wissen über die nationalsozialistischen Verbrechen und die Shoah

Einer der bedeutendsten Aspekte bei der Auseinandersetzung mit dem NS ist die Frage des Wissens der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung um die Verbrechen. Damit eng verbunden ist nämlich einerseits die Forderung nach einem Lernen aus der Geschichte, andererseits leitet sich hieraus die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Geschehen ab. Völlig unstrittig ist die Komplexität des Themas – werden hier doch Schlussfolgerungen auf der Grundlage eines Gesamtwissens getroffen, der Kenntnis um alle Stufen der Verfolgung einschließlich des systematischen Massenmords, was für die sogenannte einfache Bevölkerung im historischen Kontext nicht möglich war.¹⁹ Dennoch gibt es interessante und wegweisende Fälle, die exemplarisch für das »Wissen können, wer wissen wollte« stehen – Einzelpersonen oder Berufsgruppen, anhand derer Mechanismen und Strukturen verdeutlicht werden können, die es den Einzelnen ermöglichten, etwas zu sehen und gleichzeitig nicht wahrzunehmen.

Das Protokoll der Besprechung am Wannsee steht auch exemplarisch für die Nutzung von Tarnbegriffen, die es den Mitarbeitenden unterschiedlicher Referate in unterschiedlichen Ministerien/Institutionen ermöglichten, mitzuwirken an der Vernichtungspolitik und nach 1945 für sich in Anspruch zu nehmen, keine Kenntnis darüber gehabt zu haben. Durch das Verhör Adolf Eichmanns in Jerusalem ist belegt, dass die Anwesenden offen über die Verfolgungsstufen sprachen. Das von Eichmann erstellte Ergebnisprotokoll lässt eine Analyse und »Enttarnung« der Begriffe zu, ob es um »Evaluierung« oder um »Endlösung« geht. Mit der Nutzung solcher Begriffe ging eine Form

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV A 4 b (IV B 4) - 959/42.

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das Datum und
den Gegenstand angeben

Berlin SW 11, den 25. Mai 1944.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 90 48 - Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1/146 - Postscheckkonto: Berlin 2386

Dienstleistungszeugnis

für die

Kanzleiangestellte Ingeburg Werlemann,
geb. 28.4.1919 in Berlin-Altglienicke,
ledig, gottgläubig, NSDAP-Nr. 6 941 822.

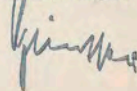
Frl. Werlemann wurde im März 1940 vom Reichssicher-
heitshauptamt als Kanzleiangestellte eingestellt. Seit
Ende 1940 ist sie auf Grund ihrer einwandfreien dienst-
lichen Leistungen und ihrer guten Allgemeinbildung im
Vorzimmer des Referenten tätig.

Frl. Werlemann ist eine flotte und zuverlässige
Mitarbeiterin, die ihre vielseitigen Arbeiten sauber und
zur vollsten Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten erledigt.

Besonders hervorzuheben ist neben ihrer guten und
selbständigen Arbeitsleistung ihre klare politische Hal-
tung sowie ihre anständige Führung in und ausser Dienst.

Frl. Werlemann ist mit ihrem ausgeglichenen Wesen
und ruhigen Charakter eine der bewährtesten Mitarbeiterin-
nen der hiesigen Dienststelle.

Im Auftrage:



Dienstleistungszeugnis
des Chefs der Sipo und
des SD, IV B 4,
gez. Rolf Günther, für
die Kanzleianstelle
Ingeburg Werlemann
vom 25. Mai 1944.
Bundesarchiv Berlin,
R 9361-III/513631, Bl. 7

von Beruhigung der am Massenmord mitwirkenden Verwaltung einher. Wer immer wieder den Vorgang der »Evakuierung« einer Familie auf den Tisch bekam, musste sich ab einem bestimmten Punkt unter Umständen nicht mehr fragen, was hinter dem Begriff stand.

Die Auseinandersetzung mit der Besprechung am Wannsee und dem Protokoll zeigt neben den direkt am Mord beteiligten Vertretern von SS und Polizei eine Berufsgruppe, die 1942 schon so tief in die Ausgrenzung, Verdrängung, Verfolgung und Ermordung involviert war, dass viele sich gar nicht gefragt haben, ob das jetzt systematische europaweite Morden »richtig« oder »falsch« sei. Sie diskutierten lediglich die aus ihrer (Täter-)Perspektive notwendigen juristischen Grundlagen und strategischen Fragen zur Umsetzung. Eine »lernende Verwaltung«, die mit jeder Deportation ab November 1938 an Erfahrungen reicher geworden war, die konsequent um möglichst »reibungslose« Abläufe bemüht war.

Diese quasi Normalität des Handelns anhand konkreter Personen und ihres Umgangs damit nach 1945 zu untersuchen und zu dekonstruieren, gehört heute zu den wich-

tigsten Aufgaben der Gedenk- und Bildungsstätte. Dabei ist es bleibend schwierig, sich nicht schnell und »einfach« von einem SS-Mann oder Polizisten zu distanzieren – sofern man nicht bei der Polizei arbeitet – und für sich selber in Anspruch zu nehmen, man hätte anders gehandelt.

Auch die an der Besprechung teilnehmenden Staatssekretäre oder Parteifunktionäre bieten den meisten Besucherinnen und Besuchern wenig Identifikationspotenzial, wenn sie nicht zu den Angehörigen der Ministerien gehören, die heute Fortbildungen im Haus der Wannsee-Konferenz durchführen.

Eine Sekretärin hingegen, deren Berufsbild viel leichter zu erfassen ist, und die weitaus mehr zu den sogenannten vermeintlich kleinen Leuten gehört, steht exemplarisch für die Möglichkeit, auch in »niedrigeren« Berufsgruppen im Reichsgebiet auf bestimmte Weise über die Vorgänge informiert gewesen sein zu können.

Im Zuge der RSHA-Ermittlungen sagte 1967 die 1943/44 zum Referat IV B 4 gekommene Sekretärin, Erika Albrecht, geb. Miethling aus:

»Näheren Kontakt hatte ich eigentlich nur mit Frau Wagner/früher Werlemann, mit der ich mich gelegentlich unterhielt. Frau Wagner war zwar eine ganz überzeugte Nationalsozialistin, hörte sich jedoch meine kritischen Bemerkungen ruhig an. Nach meiner Überzeugung muß Frau Wagner erheblich mehr als ich gewußt haben. Sie hat aber bis Kriegsende nie mit mir über ihre Kenntnisse vom wirklichen Schicksal der Juden gesprochen. Auch nach dem Kriege, als wir zusammen im Lager Sachsenhausen waren, sagte sie mir nur, daß alles schrecklich gewesen sei, gab aber nie zu erkennen, wie weit ihr Wissen über das wirkliche Schicksal der Juden gegangen war. Nach meiner Meinung hat Frau Wagner mit Sicherheit gewußt, was wirklich mit den Juden geschah. Sie hielt sich aber streng an die Geheimhaltungsvorschriften. Ich kann deshalb keine konkreten Anhaltspunkte dafür geben, daß sie ihr Wissen in irgendeiner Form auch einmal äußerte.«²⁰

Abgesehen von der möglichen Schutzbehauptung in Bezug auf die eigenen Kenntnisse »über das wirkliche Schicksal der Juden« ist die Aussage insofern interessant, als sie sich in Teilen mit der Feststellung der Oberstaatsanwaltschaft Frankfurt deckt, die fünf Jahre vorher nach der vermutlich ersten Vernehmung von Frau Wagner im Hunsche-Verfahren 1962 konstatierte:

»Bei der Vernehmung erschien auffällig, daß die Zeugin sich zum Teil an kleinste Einzelheiten aus der Zeit ihrer Tätigkeit bei der Judenabteilung des RSHA erinnern konnte, während sie bei grundlegenden und wesentlichen Dingen sich auf mangelndes Erinnerungsvermögen berief.

Es besteht der Eindruck, daß die Zeugin sehr wohl mehr weiß, als sie wahrhaben möchte. Dabei ist sie ausdrücklich belehrt worden, daß es nicht um Ermittlungen gegen ihre Person geht, sondern um die Klärung der strafrechtlichen Verantwortung ihrer früheren Vorgesetzten. Insoweit ist sie über die Strafbarkeit nach § 257 StGB ausdrücklich belehrt worden.«²¹

Die Aussagen zum Wissen von Frau Wagner sind im Hinblick auf die Besprechung am Wannsee insofern wichtig, als sie sich bei den Vernehmungen im RSHA-Verfahren sehr geschickt verhielt und es verstand wie o.g., auch falsche Fährten z.B. in Bezug auf die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz zu legen. Damit wollte sie unausgesprochen ihr angeblich mangelndes Gedächtnis in Bezug auf den Verlauf oder die Inhalte der Besprechung bestätigen, ohne sich vollkommen unglaubwürdig zu machen.

Für die Bildungsarbeit mit unterschiedlichen Zielgruppen ist dieses Wissen bei der Beschäftigung mit der Biografie von Ingeburg Wagner noch unter zwei weiteren Aspekten wichtig. Ungebrochen ist das Phänomen der »Hitlerisierung« – Hitler hat die Autobahnen gebaut, er hat die Konzentrationslager errichtet und er hat Jüdinnen und Juden ermordet. Dass eine Sekretärin in dem gesellschaftlichen System eine Funktion hatte, verdeutlicht unzweifelhaft, dass die nationalsozialistische Verfolgungspolitik nur umgesetzt werden konnte, weil unterschiedliche Berufsgruppen und weite Teile der Gesellschaft darin eingebunden waren. Vergleichbar ist das bis heute regelmäßig von Erwachsenen und Jugendlichen vorgetragene Argument, alle Zuschauerinnen und Zuschauer hätten, wie die Täter und Täterinnen aus Angst vor Strafe an der Verfolgung mitgewirkt.

Selbstverständlich darf nicht verfälscht werden, dass in der Zeit des Nationalsozialismus eine Diktatur herrschte und wer sich wirklich widersetzte, mit schweren Strafen rechnen musste. Gleichwohl hinterfragt die Beschäftigung mit der Biografie einer Sekretärin, die mehr als pflichtbewusst ihre Arbeit erledigte und offensichtlich bis in die Nachkriegszeit auch an jemandem wie Leni Riefenstahl großes Interesse zeigte, dass es neben Gehorsam aus purer Angst oder anderen Gründen auch Eigeninitiative in unterschiedlichen Kontexten gab.

Fazit

Die Annahme, dass bei der Besprechung am Wannsee zur Erstellung eines Protokolls mitgeschrieben oder stenografiert wurde, ist aus verwaltungstechnischen Gründen naheliegend. Dies gilt auch für die Annahme, dass Eichmann, der den Auftrag zur Erstellung eines Ergebnisprotokolls bekommen hatte, dafür eine der ihm vertrauten und vertrauenswürdigen Sekretärinnen aus seinem Vorzimmer im Referat IV B 4 heranzog. Dass dies nicht zur Gänze geklärt wurde, liegt an der Entwicklung im Umgang mit Täterschaft nach 1945. Hatte man sich im Diskurs mehrheitlich zunächst auf die »Bestien« der SS oder »großen« Täter konzentriert, von denen eine Distanzierung sehr einfach war, wurde im Verlauf der Jahrzehnte deutlich, dass auch das Handeln sogenannter kleiner Täter und Mitläufer wichtig ist. Der Blick blieb dabei fokussiert auf männliche Täter. Das Wissen um die Notwendigkeit, auch Täterinnen und Mitläuferinnen in den Blick zu nehmen, ist jung und so bleibt das Bedauern, dass nicht mehr die Möglichkeit besteht, Frau Werlemann/Wagner zu befragen.

Für die Bildungsarbeit in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz gilt: Die Chance über Frau Werlemann/Wagner zu sprechen, ihre Rolle und ihr Wissen, sollte auf keinen Fall vertan werden. Dass ihre Anwesenheit mit zeitgenössischen Dokumenten nicht 100 % geklärt werden kann, kann ebenso vermittelt werden.

Dr. Elke Gryglewski, Politikwissenschaftlerin, hat von 1992 bis 1995 zunächst als freie Mitarbeiterin danach als feste angestellte Pädagogin für die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz gearbeitet. Seit 2015 ist sie stellvertretende Direktorin und leitet die Bildungsabteilung.

Marcus Gryglewski arbeitet seit 1992 als freier Mitarbeiter in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Als selbstständiger Historiker hat er an der zweiten Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht und der aktuellen Dauerausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz als Kurator mitgewirkt.

- 1 Mentel, Christian: Das Protokoll der Wannsee-Konferenz. Überlieferung, Veröffentlichung und revisionistische Infragestellung, in Kampe, Norbert/ Klein, Peter (Hg.): Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1941. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln 2013, S. 119.
- 2 Weinke, Annette: Geheimakte »Endlösung«, in: ZEITgeschichte Nr. 1/2017: Der Weg in den Holocaust, S. 71.
- 3 Hier wird es nicht um die detaillierte Darstellung der Rechercheergebnisse gehen. Dazu ist ein gesonderter Aufsatz in Vorbereitung, der neben der vollständigen Argumentationskette, warum es, obwohl kein direkter dokumentarischer Beleg vorliegt, keinen vernünftigen Zweifel gibt, dass »Fräulein Werlemann« die Wannsee-Konferenz stenografierte, auch die entsprechenden Quellennachweise enthalten wird.
- 4 Ingeburg Werlemann war, als sie ins Eichmann-Referat kam, fast 21 Jahre und gehörte damit eher zu der Gruppe der älteren Kanzleiangestellten.
- 5 Zeugenvernehmung Ingeburg Wagner vom 21. Mai 1962 im Ermittlungsverfahren des Oberstaatsanwalts bei dem Landgericht Frankfurt a.M. 4/4a Js 586/56 gg. Otto Hunsche, S. 7.
- 6 Urteil des Landgerichts Berlin, 22 RT 674/48 vom 12. November 1948.
- 7 Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes, HHG/B/131/E/138 vom 26. April 1958.
- 8 Für die Auskünfte und persönlichen Dokumente zu Frau Werlemann/Wagner und Frau Werth möchten wir uns bei Thomas Brandt und der Familie ganz herzlich bedanken.
- 9 Aussage Ingeborg Gertrude [Ingeburg Gertrud] Wagner vom 25.6.1962 vor dem Schwurgericht Frankfurt a.M., 4 Ks 1/62 gg. Otto Hunsche, handschriftliches Hauptverhandlungsprotokoll des 4. Verhandlungstages.
- 10 Zeugenvernehmung vom 23. Mai 1967, S. 7, GStA Berlin, 1 Js 1/65.
- 11 Margot Behrendt war zu dem fraglichen Zeitpunkt tatsächlich ebenfalls im Vorzimmer von Eichmann und Günther tätig. Ob sie ebenfalls auf der Wannsee-Konferenz stenographierte muss hier offen bleiben. Frau Behrendt wurde nie staatsanwaltschaftlich ermittelt oder gar vernommen, da sie in der DDR lebte. Auch bei der Stasiunterlagenbehörde liegen keine Erkenntnisse zu ihr vor. Für die Auskünfte danken wir Henry Leide, BSTU Rostock sehr.
- 12 Vgl. die Zusammenstellung der entsprechenden Passagen in: Kampe/Klein: Wannsee-Konferenz, S. 77–110.
- 13 Zeugenvernehmung vom 11. September 1970, S. 7, GStA Berlin, 1 Js 1/65. Für die vielfältige Unterstützung bedanken wir uns bei Frau Welzing-Bräutigam vom Landesarchiv Berlin.
- 14 Sitzungsprotokoll 107. Sitzung des Bezirksgerichts Jerusalem am 24.7.1961, zitiert nach Kampe/ Klein: Wannsee-Konferenz, S. 107–108.
- 15 Vgl. u.a. Heyl, Matthias: Gender als Kategorie in der gedenkstättenpädagogischen Praxis der Gedenkstätte Ravensbrück – ein Werkstatttext, in: Der Bürger im Staat 1/2015: Homophobie und Sexismus, S. 44–51.
- 16 Erste Ansätze auch zu den Schreibtischtäterinnen, vgl. die Dissertation von Century, Rachel: Dictating the Holocaust: Female administrators of the Third Reich, Department of History, Royal Holloway, University of London, 2012: <https://pure.royalholloway.ac.uk/portal/files/16138925/2013CenturyRphd.pdf>; die Buchveröffentlichung erfolgte erst 2017.
- 17 Bundesarchiv Berlin, R 9361-III/513631, Bl. 7.
- 18 Für den Hinweis bedanken wir uns bei Chris Jasch und Tillmann Müller-Kuckelberg vom Haus der Wannsee-Konferenz.
- 19 Vgl. hier z.B. Bajohr, Frank: Zwischen Zustimmung, Ablehnung und Hinnahme. Reaktionen der Bevölkerung auf »Euthanasie« und Holocaust, in: informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933–1945, 42. Jhrg., Nr. 86 (11/2017): Unwertes Leben? Über den Umgang mit der »Euthanasie«, S. 8–14.
- 20 Zeugenvernehmung vom 24. Oktober 1967, GStA Berlin, 1 Js 1/65.
- 21 Vermerk vom 22. Mai 1962, OStA F.a.M., 4/4a Js 586/56; im Übrigen stützten sich die Anklage z.B. im Boßhammer-Verfahren des RSHA-IV B 4-Komplexes, was den für eine Verurteilung entscheidenden Nachweis des Wissen »um das Schicksal« der Juden betraf, in einem nicht unerheblichen Maße auf die Aussagen der vernommenen Sekretärinnen.

Die Gnade der weiblichen Geburt? – Frauen als Täterinnen in »Euthanasie«-Gedenkstätten

Randi Becker

Immer noch gelten Frauen in der öffentlichen Wahrnehmung als friedliebend und wenig gewalttätig. Debatten um Beate Zschäpe und andere Neonazistinnen forderten in den letzten Jahren das Geschlechterbild vom männlichen, gewalttätigen Nazi heraus und machen deutlich, dass eine geschlechterreflektierende Perspektive auf Rechtsextremismus notwendig ist, um die Akteurinnen und Akteure des aktuellen Rechtsextremismus in den Blick nehmen zu können. Der Widerwille, sich auch mit mordenden Frauen auseinanderzusetzen, wird auch historisch im Hinblick auf NS-Täterinnen sichtbar. Es existieren bislang nur wenige Forschungen zu Frauen als Täterinnen¹, die diese tatsächlich in ihrem Beitrag zum Massenmord ernstnehmen. Dieser Forschungslücke widmete sich die Autorin, die in ihrer Masterarbeit untersuchte, wie Frauen als Täterinnen von 1945 bis heute in der NS-Aufarbeitung und in Gedenkstätten verhandelt wurden und werden. Die wichtigsten Ergebnisse werden im vorliegenden Artikel sowie in der in der nächsten Ausgabe erscheinenden Fortsetzung zusammengefasst.

Im vorliegenden ersten Teil wird zuerst ein Überblick über Aktionsfelder von Frauen im NS gegeben und ihre Beteiligungsmöglichkeiten dargestellt. Anknüpfend wird dann die Rolle von Frauen in der NS-Aufarbeitung nach 1945 zusammengefasst und zuletzt die Darstellung von Frauen in Euthanasie-Gedenkstätten untersucht. Dabei werden die Ausstellungen der Gedenkstätten Pirna/Sonnenstein und Bernburg im vorliegenden Aufsatz analysiert, die Analysen der Ausstellungen der Gedenkstätten Hadamar und Brandenburg an der Havel folgen in der Fortsetzung. Aus diesen Analysen ergeben sich Tipps für die Thematisierung von Frauen als Täterinnen in Gedenkstätten, die ebenfalls in der Fortsetzung dargestellt werden, sodass Anregungen für Gedenkstätten zur geschlechtergerechten Thematisierung von Täterinnen gegeben werden können.

Beteiligung von Frauen im NS

Ausgehend von der These, dass Frauen an der Durch- und Umsetzung des Nationalsozialismus ebenso beteiligt waren wie Männer, unterschieden sich aber die Tätigkeitsbereiche von Männern und Frauen im NS: Frauen waren in ihrem Alltag aktiv an der Durchsetzung von NS-Prinzipien beteiligt. Durch die Aufwertung der Mutterschaft im NS kamen Frauen die Verantwortung für die Bereiche Familie, Ehe und Reproduktion zu, in denen sie einen entscheidenden Beitrag zur Ideologisierung der Kinder leisteten. Die Aufwertung der Mutterschaft bot zumindest den »arischen« Frauen darüber hinaus auch einen Weg, an der Volksgemeinschaft teilzuhaben, die sie unter der Voraussetzung, die geschlechtlich festgelegte Bestimmung zu erfüllen (vgl. Wagner 1996: 87), zu gleichwertigen Mitgliedern in eben dieser machte: »Was der Mann einsetzt an Heldenmut auf dem Schlachtfeld, setzt die Frau ein in ewig geduldiger Hingabe, in ewig geduldigem Leid und Ertragen. Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht für das Sein und Nichtsein ihres Volkes. [...] Wir haben deshalb die Frau eingebaut in den Kampf der völkischen Gemeinschaft, so, wie die Natur und die Vorsehung es

bestimmt hat. So ist unsere Frauenbewegung für uns nicht etwas, das als Programm den Kampf gegen den Mann auf seine Fahne schreibt, sondern etwas, das auf sein Programm den gemeinsamen Kampf mit dem Mann setzt. Denn gerade dadurch haben wir die neue nationalsozialistische Volksgemeinschaft gefestigt, daß wir in Millionen von Frauen treueste fanatische Mitkämpferinnen erhielten.« (Adolf Hitler auf der Tagung der NS-Frauenschaft am 8. September 1934, zitiert nach Domarus 1998: 451)

Über den privaten Bereich hinaus konnten Frauen sich im NS politisch in diversen NS-Frauenorganisationen engagieren, die unter dem Dachverband des Deutschen Frauenwerks zusammengeschlossen waren: »In Massen strömten Frauen auch in die pro-nationalsozialistischen Frauenorganisationen. So hatten sich dem Deutschen Frauenwerk, dem Dachverband aller zugelassener Frauenorganisationen, 6–8 Millionen Frauen angeschlossen, die NS-Frauenschaft hatte 2 Millionen Mitglieder [...]. Von den 120.000 Lehrerinnen waren 83.000 im Nationalsozialistischen Lehrerinnenbund organisiert.« (Heyne 1993: 152)

Auch im Bereich der Denunziationen spielten Frauen eine tragende Rolle. Denunziationen boten ihnen Spielräume, Macht über andere auszuüben, die ihnen der NS ermöglichte. Gerade im Bereich der Denunziationen wird das Handeln von Frauen aber sehr unterschiedlich interpretiert. Feministische Autorinnen wie Katrin Dördelmann machen in der Vorstellung Denunziationen seien ein klassisches Frauenverbrechen, klassisch sexistische Stereotypen des »Klatschweibes« aus. (vgl. Dördelmann 1997: 191)

Auch durch berufliche Tätigkeiten trugen Frauen entscheidend zur Durchsetzung des NS bei, indem sie in weiblich konnotierten Berufen in erzieherischen, sozialen und pflegerischen Bereichen zur Indoktrination der zu Erziehenden beitrugen oder sogar aktiv NS-Vorstellungen von Ausgrenzung oder Abgrenzungen umsetzten.

Als Ehefrauen von SS-Männern unterstützten Frauen das Morden ihrer Männer aktiv und beteiligten sich an Ausbeutung und Vernichtung. Und nicht nur als Ehefrauen, sondern auch als weibliches SS-Personal beteiligten sie sich aktiv am Morden: KZ-Aufseherinnen wurden in Frauenkonzentrationslagern oder in Bereichen von KZ eingesetzt, wo es nur weibliche Häftlinge gab und standen ihren männlichen Kollegen in Brutalität in nichts nach: »Versucht man, ein Resümee über die Tausenden von Frauen zu ziehen, die überall im Dritten Reich als Aufseherinnen tätig waren, so lässt sich sagen, dass sie durchgehend als sadistisch und grausam beschrieben werden und ihren männlichen Kollegen bei der Vernichtung hunderttausender Menschen in nichts nachstanden (...).« (Radonić 2004: 99)

Ebenso im Bereich der Pflege und Fürsorge trugen Frauen zum Massenmord bei, indem sie Beihilfe zur Euthanasie-Morden leisteten, indem sie als Fürsorgerinnen Informationen über Klienten an Ämter weiterleiteten, die zu Zwangssterilisierung oder Einweisung in Tötungsanstalten führten, oder als Pflegerinnen, die aktiv die tödlichen Spritzen setzten.

Thematisierung von Täterinnen nach 1945

Zur Rolle von Geschlecht in NS-Prozessen liegen bis jetzt nur wenige Arbeiten vor. Deutlich wird aber, dass unter den Angeklagten in den meisten NS-Prozessen Frauen in der Minderheit waren. Sie wurden häufig als Befehlsempfängerinnen mit nicht vorhandener Eigenmotivation wahrgenommen und dementsprechend gar nicht angeklagt.

Diejenigen, die angeklagt wurden, weisen eine deutliche Dichotomie auf: Entweder wurden sie als Täterinnen wahrgenommen und als Bestien dargestellt. Dabei wurden sie meist als unweiblich dargestellt, da ihre Brutalität mit ihrem Geschlecht in der Vorstellung der Öffentlichkeit nicht vereinbar war. Oder sie konnten, trotz belegter Brutalität, durch Bezüge auf ihr Geschlecht diese Vorstellung der Unvereinbarkeit von Weiblichkeit und Brutalität für sich nutzen und diese Vorstellung als Entlastungsstrategie bedienen.²

Diese Dichotomisierung kann auch in der medialen Berichterstattung rund um die Prozesse beobachtet werden. Hier finden sich zum Einen Beispiele von Verharmlosungen von Täterinnen, die als friedfertige und harmlose Befehlsempfängerinnen dargestellt werden, denen das bewusst-politische Handeln abgesprochen wird, zum Anderen aber auch die Vorstellung der SS-Teufelin, die durch ihre Brutalität aber weniger Frau als Monster war. Die Fokussierung auf die »Teufelinnen« hat damit auch verhindert, sich mit all den anderen Frauen zu beschäftigen, deren Brutalität und Beteiligung nicht ganz so offensichtlich ins Auge sprang.

Täterinnen in Euthanasiegedenkstätten

Ausgehend von diesen historischen Gegebenheiten hat die Autorin in ihrer Arbeit untersucht, wie Täterinnen in heutigen Euthanasiegedenkstätten dargestellt werden. Dabei wurden die Ausstellungen der Gedenkstätten Bernburg (alte Ausstellung bis Sommer 2018), Sonnenstein/Pirna, Brandenburg und Hadamar untersucht. Im vorliegenden Aufsatz werden die Analysen der Ausstellungen aus Pirna und Bernburg ausgeführt:

Pirna

Die Dauerausstellung in Pirna, Sonnenstein, wurde im Juni 2000 eröffnet (vgl. Gedenkstätten für die Opfer der NS-Euthanasie 2016). Sie gliedert sich in folgende Bereiche:

- 1 1811–1933. Die Heilanstalt Sonnenstein und die Entstehung der Rassenhygiene in Deutschland
- 2 1933–1939. Nationalsozialistische Gesundheitspolitik – Zwangssterilisationen,
- 3 1940–1941. Die »Aktion T4« und die Tötungsanstalt Sonnenstein
- 4 Häftlingsmorde auf dem Sonnenstein 1941
- 5 Von den Krankenmorden zur »Endlösung der Judenfrage«
- 6 Die zweite Phase der »Euthanasie«
- 7 Die Nachgeschichte der »Euthanasie«-Verbrechen.

Täterinnen und Täter werden vor allem in Bereich 3 thematisiert. Unter der Überschrift »Das Personal der Tötungsanstalt Sonnenstein« findet sich folgender Text: »In der »Euthanasie«-Anstalt Sonnenstein waren in den Jahren 1940/41 etwa 100 Personen beschäftigt: Ärzte, Pfleger und Schwestern, Kraftfahrer und Polizisten, Handwerker und Küchenpersonal, Leichenverbrenner und Büroangestellte. Ungefähr 60 bis 70 Männer und Frauen waren ständig anwesend. (...) Die Mitarbeiter mussten vor Dienstantritt eine Schweigeverpflichtung unterschreiben, für deren Nichteinhaltung die Todesstrafe angedroht wurde. Zur Teilnahme an der Mordaktion wurden sie jedoch nicht gezwungen.« (Dauerausstellung Pirna, Stand 23.08.2018)

Sprachlich fällt auf: Gegendert³ wird hier nicht, sodass in geschlechtsneutralen Begriffen wie »Personal«, »Angestellte«, oder auch eindeutig männlichen Begriffen wie

links: Dauerausstellung zur Geschichte der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt im Dachgeschoss der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein.
rechts: Überreste der zurückgebauten Einrichtungen der »T4«-Gasmordanstalt in Pirna-Sonnenstein im Keller. Beide Aufnahmen: Thomas Lutz



»Mitarbeiter« Täterinnenschaft verschleiert wird. Andererseits wird durch »Männer und Frauen« und den Begriff »Schwestern« eine weibliche Beteiligung erkennbar. Außerdem wird das Personal in einer weiteren Abbildung aufgeschlüsselt:

Die Abteilungen Ärzteschaft, Pfleger- und Schwesternschaft, Leichenverbrenner, Büro und Fahrkommando sowie Wirtschaftsabteilung werden jeweils die Tätigkeiten der Abteilung und die leitenden Personen namentlich genannt. Frauen werden im Bereich Pflege explizit erwähnt: »Oberpfleger: Heinrich Gley, Oberschwester Frieda Kutschke, 23 Pfleger, 10 Schwestern«. (ebd.) Daraus ergibt sich eine weibliche Beteiligung im Bereich Pflege von 30,3 Prozent. In den Abteilungen Büro und Wirtschaft wird die weibliche Beteiligung allerdings verschleiert, in dem nur von »Mitarbeitern« die Rede ist.

Weiterhin werden unter der Überschrift »Die Schreibtischtäter« sowie unter »Die Tötungsärzte« jeweils zwei Männer näher beleuchtet. Allerdings ist davon auszugehen, dass im Bereich der Organisation der Morde sowie unter den Ärzten tatsächlich auch keine Frauen beteiligt waren. Im Bereich »Das nichtärztliche Personal« werden die Oberpflegerin Frieda Kutschke und der Oberpfleger Paul Rost vorgestellt. Aber auch hier wird nicht gegendert, so beginnt der Absatz mit folgender Feststellung: »Waren die Tötungsärzte und Schreibtischtäter auch die Hauptverantwortlichen des Massenmordes, so konnte die Tötungsanstalt Sonnenstein doch nicht ohne eine große Zahl bereitwilliger Gehilfen funktionieren. Bekannt sind die Namen von 98 nichtärztlichen Mitarbeitern.« (ebd.) Kutschkes Biografie, ebenso wie die Rosts, wird in Stichpunkten vorgestellt, sowie ihre Beteiligung am Mord in folgendem Absatz hervorgehoben: »In ihrer Funktion als Oberschwester hatte Kutschke die Schwestern für die Begleitung der Krankentransporte einzuteilen. Sie gehörte auch der Kommission an, der die Opfer vor der Vergasung vorgeführt wurden. Nach der Rückkehr nach Arnsdorf wurde Kutschke unter ausdrücklichem Hinweis, dass sie während der Abkommandierung ihren Dienst in vorbildlichster Weise erledigt habe, befördert. (...)« (ebd.) Aus diesem Text wird deutlich, dass sie mitentschied, wer zu töten sei, sodass weibliche Beteiligung hier sichtbar wird. Zusammenfassen lässt sich so für Pirna sagen, dass Frauen

nur durch Frieda Kutschke und an einigen Stellen durch die Verwendung des Begriffs »Schwester« sichtbar werden. Obwohl das Personal explizit thematisiert wird und durch Abbildungen und Biografien illustriert wird, ist so die Beteiligung von Frauen nur implizit erkennbar. Vor allem sprachliche Ungenauigkeiten und das Nicht-Gendern verschleiern hier weibliche Täterinnenschaft in der Dauerausstellung.

Bernburg

Die folgenden Ausführungen beschreiben die alte Ausstellung, die im Mai 2006 eröffnet, aber im Sommer 2018 überarbeitet wurde. Die überarbeitete Ausstellung konnte im Rahmen der zu Grunde liegenden Masterarbeit nicht mehr in die Analyse einfließen. Die alte Ausstellung folgt der Geschichte der Anstalt chronologisch und gliedert sich kleinschrittig in folgende Themen:

- Das Krankenhaus bis 1933
- Die Entstehung der Rassenhygiene
- Die Diskussion über Zwangssterilisation
- Die Debatte über ›Euthanasie‹, Nationalsozialistische Rassenkunde, Nationalsozialistische Gesundheitspolitik, Propaganda gegen Behinderte und sozial Auffällige, das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«, Zwangssterilisationen in Bernburg, ›Aktion T4‹
- Die Organisation der ›Euthanasie‹
- Die Einrichtung der ›Euthanasie‹-Anstalt, Zwischenanstalten, Ankunft und Tod,
- Die Verwaltung des Todes
- Das Einzugsgebiet, ›Sonderbehandlung 14 f 13‹
- Die Ermordung von KZ-Häftlingen in Bernburg
- Die Schließung der Tötungsanstalt
- Die Anhaltische Nervenklinik, Nachkriegszeit, Strafverfolgung, NS-›Euthanasie‹ und das MfS
- Die Gedenkstätte. (vgl. Hoffmann 2006)

Tätern und Täterinnen ist kein eigener Bereich gewidmet, aber sie tauchen in den unterschiedlichen Bereichen auf. Im Bereich »Aktion T4« wird zum Beispiel die Schreibkraft Judith Siebert zitiert, die bei dem Gespräch mit der T4 in Berlin über die Tötungen informiert wurde: »Ich wurde über den Sinn und Zweck dieser Stiftung (...) aufgeklärt und erfuhr bei dieser Gelegenheit, dass ihr die Heil- und Pflegeanstalten in Deutschland unterstanden, dass bestimmte Anstalten – nämlich Hadamar, Bernburg, Sonnenstein, Linz und Grafeneck – dazu bestimmt waren, dort auf Befehl des Führer Geistesranke zum Wohle der Menschheit zu töten.« (ebd.: 12) Durch die Auswahl einer weiblichen Schreibkraft wird an dieser Stelle schon deutlich, dass Frauen in der Anstalt arbeiteten und zum anderen auch, dass Schreibkräfte durchaus von den Ermordungen wussten.

Im Bereich Zwischenanstalten ist ein Foto abgebildet, das die Kinderabteilung der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Uchtspringe, Zwischenanstalt für Bernburg, zeigt. Hier sind neben Kinderbetten auch eine Krankenschwester sowie ein Pfleger abgebildet.

Im Bereich Ankunft und Tod wird der Ablauf wie folgt beschrieben: »Krankenpfleger und -schwestern führten die Gruppe, die aus 60 bis 75 Personen bestand, in die Gaskammer im Keller. In den kleinen Raum strömte drei bis fünf Minuten lang Kohlenmonoxidgas ein, bis eine tödliche Konzentration erreicht war. Hör- und Sehstörungen setzten ein, Herzrasen und Schwindel folgten. Manche der Eingeschlossenen standen

unter dem Einfluss von Medikamenten, andere schrien und schlugen in Todesangst gegen die Türen. Erst nach ungefähr 20 Minuten trat der Tod ein. Die Gaskammer blieb etwa eine Stunde lang verschlossen, bevor eine Entlüftungsanlage das tödliche Gemisch absaugte. Dann begannen die Leichenbrenner mit dem Trennen der verkrampften Körper. Die Verbrennung erfolgte im nur wenige Meter entfernten Krematorium.« (ebd.: 17) Hier wird das Personal zwar nicht aufgeschlüsselt, die Beteiligung



Seziertisch (Nachbau von 1988/89) in der Gedenkstätte Bernburg.
Foto: Thomas Lutz

von Frauen wird aber durch die Benennung von »Krankenpfleger und -schwestern« deutlich.

Im Bereich »Das Einzugsgebiet« wird wieder eine Schreibkraft, Charlotte Rothmann, zitiert: »Soweit ich mich erinnere, ging es bei der Vernichtung um die Vernichtung asozialer Elemente. Vielleicht war es auch ein Sammelsurium verschiedener Menschengruppen mit Delikten. Keinesfalls handelte es sich nur um Juden. Wenn ich danach gefragt werde, ob es sich auch um Geisteskranke gehandelt haben könnte, so möchte ich sagen, dass es sicher auch Geisteskranke dabei gegeben hat, aber nicht nur um solche allein.« (ebd.: 19) Wie bei Siegert macht dieses Zitat ebenfalls zum einen die Beteiligung von Frauen deutlich, zum anderen aber auch das Wissen, dass das Verwaltungspersonal über die Morde hatte.

Im Bereich »Die Schließung der Tötungsanstalt« werden Frauen explizit erwähnt: »Bis zum Juni des Jahres verließ das letzte Personal die Einrichtung unter Mitnahme aller schriftlichen Unterlagen. Etliche Frauen hatten ihre Versetzung in andere »Euthanasie«-Anstalten erhalten. Kraftfahrer, Handwerker und Leichenbrenner setzten ihre Tätigkeit im damaligen Generalgouvernement auf polnischem Gebiet fort. Dort betei-

ligten sie sich maßgeblich an Aufbau und Betrieb der Vernichtungslager Treblinka, Sobibor und Belzec.« (ebd.: 22)

Auch im Bereich »Strafverfolgung« werden Frauen erwähnt: »Die wenigen Urteile im Zusammenhang mit dem Personal der »Euthanasie«-Anstalt Bernburg ergingen vor allem in den Jahren 1948 sowie 1952 vom Landgericht Magdeburg. Zwei Krankenschwestern und ein Leichenbrenner erhielten Zuchthausstrafen zwischen drei und fünf Jahren.« (ebd.: 25) Durch das dort untergebrachte Zitat Ernst Klees werden zumindest die Krankenschwestern auch selbstverständlich unter die Täterschaft subsumiert: »Unter anderen Umständen wären es ehrbare Leute mit ehrbaren Berufen: Ärzte, Krankenschwestern, Handwerker, Angestellte, von denen ... in einer unter rechtsstaatlichen Verhältnissen lebenden Gesellschaft kaum einer kriminell geworden wäre. Eine nicht gerade ermutigende Erkenntnis, wenn wir an die Perspektive denken: Unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen kann sich alles wiederholen, werden Menschen ihren Fremden-Hass in die Tat umsetzen, die »Penner« ins KZ stecken (das ja immer Arbeits- oder Erziehungslager heißt) und zur Beseitigung der Minderwertigen, der Ballastexistenzen, gehorsam ihren Verwaltungsbeitrag leisten.« (ebd.)

Abschließend lässt sich konzedieren, dass die Gedenkstätte Bernburg keinen expliziten Fokus auf Täter und Täterinnen setzt. Zudem sind die Ausstellungstexte nicht gegendert, sodass weibliche Beteiligung tendenziell verschleiert wird. Aber durch die



Raum der Gaskammer
in der Gedenkstätte
Bernburg.
Foto: Thomas Lutz.

Zitate, die jeden inhaltlichen Bereich komplettieren, wird die weibliche Beteiligung zumindest implizit deutlich. In den Ausstellungstexten werden zudem Krankenschwestern selbstverständlich erwähnt und unter das Personal subsumiert. So lässt sich sagen, dass aus der Ausstellung trotzdem die weibliche Beteiligung im Bereich Verwaltung und Pflege hervorgeht, wenn auch eher beiläufig.

Zwischenfazit

Aus den Analysen der Ausstellungen in Pirna und Bernburg ergibt sich, dass Frauen als Täterinnen nicht den Tatsachen ihrer Beteiligung am Massenmord entsprechend, abgebildet werden. Auch wenn sie in den Ausstellungen durchaus vorkommen, werden sie meist sprachlich nicht explizit benannt. Gedenkstätten führen so die Tabuisierung und Verschleierung weiblicher Täterinnenschaft fort. Dies geschieht, so kann man wohlwollend unterstellen, nicht intendiert, und ist mehr der generell geringen Aufmerksamkeit geschuldet, die in der Wissenschaft Frauen als Täterinnen zu kommt.

Geschlechtersensible Perspektiven auf Geschichte spielen leider nach wie vor in der Geschichtswissenschaft und Gedenkstättenlandschaft eine untergeordnete Rolle. Auch Debatten um gendergerechte Sprache kommen in der Gedenkstättenpädagogik nur langsam an. Anregungen zur besseren Gestaltung folgen in der nächsten Ausgabe.

Randi Becker, M.A. (Sozialwissenschaft, Soziologie, Politische Theorie) ist freie Mitarbeiterin der Gedenkstätte Hadamar. Sie arbeitet zudem als Lehrbeauftragte an der JLU Gießen, Dozentin im Bildungszentrum Wetzlar und freiberufliche Referentin für Politische Bildung.

Literatur:

- Domarus, Max (1998): Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen., Band 1: Triumph, Halbband 1932–1934, Wiesbaden.
- Dördelmann, Katrin (1997): »Aus einer gewissen Empörung hierüber habe ich nun Anzeige erstattet« Verhalten und Motive von Denunziantinnen, in: Heinsöhn, Kirsten; Vogel, Barbara; Weckel, Ulrike (1997): Zwischen Karriere und Verfolgung, Handlungsspielräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York, S. 189–205.
- Gedenkstätte Brandenburg/Havel (2012): Dauerausstellung, Stand August 2018.
- Gedenkstätten für die Opfer der NS-Euthanasie (2016): Gedenkstätten an den Orten der NS-Euthanasie – »Aktion T4«, Broschüre, 2016.
- Heyne, Claudia (1993): Täterinnen. Offene und versteckte Aggressionen von Frauen, Kreuz Verlag, Zürich.
- Hoffmann, Ute (2006): »... dass das Unkraut vernichtet werden müsse«, NS-Zwangssterilisation, »Euthanasie« und Ermordung von KZ-Häftlingen in Bernburg, Texte und Bilder der Ausstellung, Broschüre der Gedenkstätte Bernburg, Calbe.
- Radonić, Ljiljana (2004): Die friedfertige Antisemitin? Kritische Theorie über Geschlechterverhältnisse und Antisemitismus, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main.
- Wagner, Leonie (1996): Nationalsozialistische Frauenansichten, Vorstellungen von Weiblichkeit und Politik führender Frauen im Nationalsozialismus, dipa-Verlag, Frankfurt am Main.

- 1 Eine herausragende Arbeit zu dem Thema stellt folgendes Werk dar: Radonić, Ljiljana (2004): Die friedfertige Antisemitin? Kritische Theorie über Geschlechterverhältnisse und Antisemitismus, Frankfurt am Main 2004.
- 2 Vgl. dazu Weckel, Ulrike und Edgar Wolfrum (Hg.): »Bestien« und »Befehlsempfänger«: Frauen und Männer in NS-Prozessen nach 1945, Göttingen 2003.
- 3 Unter Gendern wird hier die sprachliche Sichtbarmachung von Frauen und anderen Geschlechtern verstanden, die in der deutschen Sprache durch verbreitete Verwendung des maskulinem Plurals untergeht.

Die berlinHistory.app – eine gemeinsame Plattform für Geschichte in Berlin und anderswo

Rainer E. Klemke

Mit der fortschreitenden Digitalisierung denken alle Museen, Gedenkstätten und Geschichtsinitiativen darüber nach, eigene Apps zu ihren Themen in Auftrag zu geben. Das kostet allerdings einige Zehntausend Euro und hat eine Reihe von Nachteilen: In der Regel erreichen solche isolierten Spezial-Apps nur einige Hundert oder wenige Tausend Interessierte, da niemand weiß, dass es diese App gibt und wonach man in den App-Stores suchen soll. Sie werden in der Regel von einer Agentur gemacht und jede Korrektur oder Fortschreibung kostet neues Geld. Zudem laufen die Bildrechte oftmals nach drei bis fünf Jahren aus und damit sterben die Apps in der Regel. Außerdem werden solche Apps von über 50% der Nutzenden nach kurzer Zeit gelöscht, weil sie nichts Neues bieten und nur Gerätespeicher belasten.

Doch nicht nur Bildrechte laufen ab, viel entscheidender ist die rasante Entwicklung neuer Technologien und notwendige Aktualisierung und Anpassung an neue Betriebssysteme, die für viele Betreiber von thematischen Nischen-Apps auf Dauer nicht zu bewerkstelligen sind. Hier bietet der berlinHistory e.V. mit seinem hauseigenen Entwickler-Team die Garantie dafür, dass Support, Systempflege und technische Weiterentwicklung dauerhaft gewährleistet werden.

Was macht die berlinHistory App einzigartig?

Die berlinHistory-App ist eine Plattform für Geschichtsmuseen, Archive, Gedenkstätten, zeitgeschichtliche Einrichtungen und Initiativen (derzeit etwa 60), die hier ihre Themen vorstellen und dem Publikum nachhaltig verfügbar machen. Mit Hilfe dieses großflächigen und stetig wachsenden Netzwerks produziert die berlinHistory-App eine bislang beispiellose Fülle von qualitativ hochwertigem Content. Zum einen bietet die App die Möglichkeit, vergangene Ausstellungen digital aufleben zu lassen und nachhaltig zu bewahren. Im Sinne eines digitalen Museumsdepots stehen diese Inhalte so auch künftigen Generationen zur Rezeption und als Quelle für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Zum anderen haben unsere Partner die Möglichkeit, fortlaufend neue Inhalte zu generieren und unmittelbar in die App einzuspeisen. So ist und bleibt die berlinHistory-App eine »lebendige« App, weil täglich neue Points of Interest (POIs), neue Karten, Biografien, Ereignisse und in Kürze auch eigene Themenlayer hinzukommen. Bislang einzigartig für eine App ist die Möglichkeit, dass unsere Partner alle Inhalte selber einstellen und jederzeit bearbeiten und – wenn gewünscht – auch korrigieren können. Wir stellen ihnen dafür personalisierte Zugänge zu unserem CMS zur Verfügung, so dass sie alle medialen Quellen wie Thementexte, Biografien, Fotografien, Vorher-nachher-Bilder, Audios und Videos selber hochladen können. All diese Informationen und unterschiedlichen Quellen werden in der berlinHistory-App sinnvoll gegliedert, miteinander verlinkt und so für die Nutzerinnen und Nutzer auffindbar und zugänglich gemacht.

Anders als die gewerblichen App-Agenturen, die Ikonenbilder aus den Bildagenturen einkaufen und zusammenstellen, arbeitet berlinHistory-App ausschließlich mit



QR-Code zum Download der App und Logo der App mit den Symbolen Berlins sowie – farblich abgesetzt – den verschiedenen Zeitschichten

rechtfreien Bildern sowie Bildern, die wir von unseren Partnern oder privaten Quellen kostenfrei zur Nutzung erhalten. Dies eröffnet oftmals eine völlig neue Sicht auf Ereignisse und zeigt Bilder, die man sonst nicht findet, und ermöglicht unseren Fotografen und Archiven die Vermarktung ihrer Bilder, von deren Existenz man sonst nicht erfahren hätte. Die berlinHistory-App nutzt aber auch die rechtfreien Bilder aus Wikipedia und anderen Quellen.

Anders als andere Apps füllt sie die Speicher der Geräte nicht mit 400 bis 800 MB und verlangt keine ständigen Updates, sondern begnügt sich mit dem einmaligen Herunterladen von 40 MB für den Schlüssel, der Terabytes an Informationen erschließt. Die berlinHistory.app hat mit ihrem Konzept bereits in den ersten zwei Monaten ohne Werbung Zehntausende Interessierte gefunden, wovon nur 10 % die App wieder gelöscht haben und sie hat hervorragende Bewertungen in den App-Stores erzielt.

Zielgruppen der berlinHistory-App

Die berlinHistory-App richtet sich an ganz unterschiedliche Gruppen: das sind Berlinerinnen und Berliner, die ihren Kiez oder andere Stadtteile erkunden wollen und dabei zufällig auf spannende historische Orte stoßen, wie etwa im Treptower Park auf die Spuren der Berliner Kolonial- und Gewerbeausstellung von 1896, wo Venedig, Kairo und Alt-Berlin sowie Schlachtschiffe und deutsch-koloniale Eingeborensiedlungen 1:1 nachgebaut waren, und die Berliner Industrie, damals weltweit führend, ihre Produkte vorstellte. Oder sie treffen auf die politischen Denkmäler, die die App wieder in der Stadt sichtbar macht und nun am Platz der Vereinten Nationen wieder das Lenin-Denkmal und seine Geschichte sieht. Dies mit dem Hinweis versehen, dass es dazu eine hervorragende Ausstellung in der Spandauer Zitadelle gibt.

Die App ist aber natürlich auch für die zahlreichen Gäste und Touristen der Stadt konzipiert, die in den Entdeckermodus schalten, nachdem sie die üblichen Berliner Sehenswürdigkeiten abgehakt haben und nun rund um ihr Hotel erkunden, wo etwa die Spuren der Revolution von 1918/19, des Widerstandes gegen das NS-Regime oder der Friedlichen Revolution 1989 und des Kalten Krieges zu finden sind. Sie können dabei auf den Stadtplänen der jeweiligen Zeit mit den historischen Straßennamen wandeln und punktgenau und sehen, wo diese Ereignisse stattgefunden haben. Darüber hinaus gibt es zahlreiche audiovisuelle Führungen, die immer weiter ergänzt werden.

Homepage
der berlinHistory.app



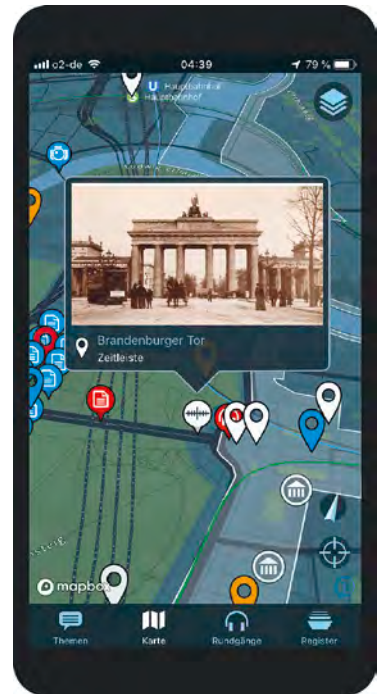
SchulTool für digitale Projektarbeit bei berlinHistory-App

Eines der wichtigsten noch zu finanzierenden Zukunftsprojekte von berlinHistory ist die Arbeit an einem speziellen SchulTool, das in einem gesonderten Raum innerhalb der berlinHistory-App ermöglichen wird, dass Schüler- oder Besuchergruppen der Gedenkstätten und Museen digitale Projekte mit Fotos, Vorher-Nachher-Bildern, Zeitzeugeninterviews, Filmen, Dokumenten und Texten erarbeiten können. Die Ergebnisse können dann auch am Smartboard in der Klasse oder einer Einrichtung präsentiert und bei entsprechender Qualität in die allgemeine App übernommen werden. Das Tool bietet die Möglichkeit, dass sich die Lehrende oder Projektleiterinnen und -leiter online einschalten und Hinweise oder Korrekturen eingeben können. Dies könnte darüber hinaus aber auch die Basis für eine Schul- und länderübergreifende Zusammenarbeit (wie auch mit Partnerschulen im In- und Ausland) zu Themen der gemeinsamen Geschichte sein.

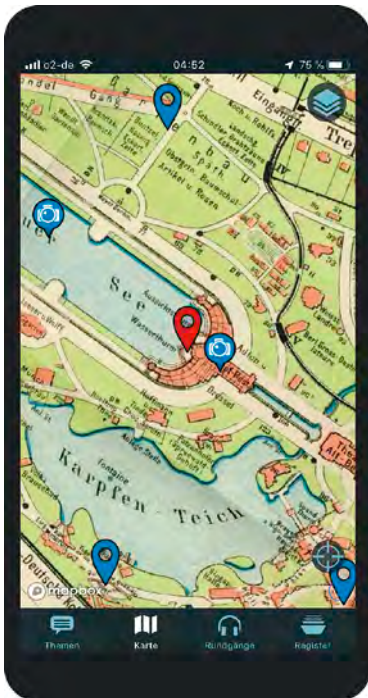
Das berlinHistory-Team

Das Kern-Team des berlinHistory e.V. besteht aus dem Webdesigner Oliver Brentzel, dem Informatiker Klaus König, der Historikerin Andrea Theissen, dem Historiker und Kulturmanager Martin Recken und dem langjährigen Berliner Museums- und Gedenkstättenreferenten Rainer E. Klemke als Vereinsvorsitzender. Sie haben die App ehrenamtlich über fast drei Jahre im Dialog mit den Partnerinstitutionen entwickelt und am 21. Februar 2019 ans Netz gebracht. Aus dem dialogischen Prinzip mit den Partnern haben sich immer neue Anwendungsmöglichkeiten ergeben, die in die App einfließen. Die Idee wurde auch aus dem Gedanken heraus geboren, dass immer wieder dieselben bzw. ähnliche historische Inhalte sehr aufwendig erarbeitet werden, anstatt bereits vorliegende Arbeiten zu Veranstaltungen und Ausstellungen für alle nachhaltig nutzbar und an den jeweiligen authentischen Orten auffindbar zu machen und diese untereinander zu vernetzen. Grundlegend dafür ist für das Team der kostenfreie open access.

Die Erarbeitung von Inhalten sowie die Recherche erfolgt einerseits über die Partnerinstitutionen, unter deren Rubrum die jeweiligen POIs/Kacheln/Layer bei der App erscheinen, andererseits durch sach- und fachkundige Vereinsmitglieder und Sympathisanten sowie durch eine Schar von Praktikanten aus den Bereichen Geschichte/Politologie/PublicHistory aus dem In- und Ausland. Sollten sich trotz aller Sorgfalt doch Fehler in der App zeigen, können das die Lesenden melden und sie werden dann sehr kurzfristig korrigiert.



oben: Startseite der App mit der Kartenansicht und Themenkacheln
unten: PIN zum Brandenburger Tor mit dahinterliegender Bildergalerie zur Geschichte des Bauwerks



Ausschnitt mit historischer Karte der Gewerbeausstellung im Treptower Park als Beispiel für die zahlreichen historischen Karten und Luftbilder, die georeferenziert übereinander liegen und durch Fingerspreizen überblendet werden können.

Sprachen

Die berlinHistory-App ist zunächst zweisprachig Deutsch/Englisch, wobei automatisch in allen fremdsprachigen Geräten die englische Version erscheint. Weitere Sprachversionen sind angestrebt, auch als Insellösungen für einzelne Themen, die besonders für eine Nationalität von besonderer Bedeutung sind, wie z.B. das »russische« Karlshorst oder die Geschichte der Julius-Leber-Kaserne, dem ehemaligen »Quartier Napoleon« auf Französisch. Über eine polnische Version wird verhandelt.

Finanzierung

Die Finanzierung der aufwendigen Software wurde von dem berlinHistory-Team aus eigenen Mitteln und Spenden aufgebracht. Die externen Kosten der laufenden Produktion (neue POI, Biografien, Ereignisse, Kacheln und Layer) werden über den Verkauf von Themen-Layern an unsere Partner finanziert. Solche Themen-Layer haben für die Anmutung eigener, exklusiver Apps, obwohl sie gleichzeitig in die Meta-App eingebunden sind. Diese eigenständigen Themen-Layer können von den Partnern auch an einem digitalen Infoterminal in ihrer Einrichtung eingesetzt werden. Das spart einmal mehr Geld und Ressourcen. Ein eigener Themen-Layer kostet allerdings nur einen Bruchteil einer eigenen App und ist eingebettet in eine technisch hochwertige und derzeit in den Möglichkeiten einzigartige Bildungsapp. Vor allem aber haben sie den großen Vorteil, dass auch Interessierte auf diese Layer verwiesen werden, die von der betreffenden Einrichtung bzw. dem Thema noch nie etwas gehört haben, weil sie auf der App-Karte zufällig auf einen der POI des Layers gestoßen sind. Die Museen, Gedenkstätten und sonstigen Initiativen gehen somit mit ihren Inhalten in die Stadt hinein zu den Menschen an die Ereignisorte ihrer Themen und holen ihr künftiges Publikum dort ab.

Solche Layer der berlinHistory-App werden zum Teil in Förderanträgen zu den Projekten der Partner gleich mit beantragt. Als erster Layer ist zum 20. Juli 2019 einer zu den Orten der Täter, Opfer und stillen Helden des Widerstandes für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, eingestellt worden. Die Orte der Spionage für das Deutsche Spionagemuseum, die Orte der künstlerischen Initiativen in der Friedlichen Revolution sowie zu den Orten des Wirkens von Willy Brandt und Ernst Reuter werden folgen. Weitere zwölf Themen-Layer sind in der Verhandlung bzw. Vorbereitung.

Eine weitere Finanzierungsquelle sind natürlich auch Spenden durch die Nutzenden im Sinne eines »pay what you want«, Crowd-Funding-Aktionen für Einzelprojekte sowie eigene Förderanträge für spezielle Vorhaben.



Das Kernteam der berlinHistory.app: Webdesigner Oliver Brentzel, Trägervereinsvorsitzender Rainer E. Klemke, Historikerin Andrea Theissen, Informatiker Klaus König, Historiker und Kulturmanager Martin Recken (v.l.n.r.).
Abbildung: Rainer E. Klemke

Zukunft der berlinHistory-App

Nach dem überaus erfolgreichen Start der App meldete sich nicht nur eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Contentanbietenden, die die App unterstützen wollen, sondern auch Institutionen aus Luxemburg, Österreich, Polen, Thüringen und NRW, die die Software der App übernehmen und mit eigenen Inhalten füllen möchten. Dazu entwickeln wir derzeit Konzepte, wie wir Nutzungsrechte und Lizenzen an der Software (NICHT an den Inhalten, die Eigentum unserer Partner bleiben!) vergeben werden.

Mit Blick auf das 100-jährige Stadtjubiläum Groß-Berlins 2020 sind eigene Layer zur bezirklichen Geschichte in Vorbereitung.

Die Stiftung Stadtmuseum Berlin hat dem Verein berlinHistory vorgeschlagen, in Gestalt einer unselbstständigen Stiftung künftig als eine Art »digital Department« unter ihrem Dach zu arbeiten, was für die App eine auch langfristig gesicherte Existenz bedeuten würde. Das Stadtmuseum wird dann davon profitieren, dass seine Themen dauerhaft in der Stadt an den Orten der Geschichte präsent sind und neue Besucher angesprochen werden können, aber auch von der digitalen Kompetenz im eigenen Haus für die Bewältigung zukünftiger Aufgaben. Die Softwareentwicklung und die Franchise-Kooperation mit Interessenten außerhalb von Berlin sollen dann in eine GmbH der Stiftung ausgelagert werden. Die Einzelheiten dazu werden gegenwärtig ausgearbeitet.

Rainer E. Klemke war von 1995 bis 2012 Referats- und Gruppenleiter für Museen, Gedenkstätten und Zeitgeschichte in der Berliner Kulturverwaltung, ist Initiator der Berlin Jahresthemen, wie z.B. »2013 – Zerstörte Vielfalt« und arbeitet nun freiberuflich als Projektentwickler für Museen und Gedenkstätten.

Rezension zu Jochen Fuchs: Auschwitz als eine moralische Anstalt betrachtet oder Was kann eine gute Gedenkstätte eigentlich bewirken?¹

Wolf Ritscher

Jochen Fuchs, Professor an der Hochschule Magdeburg-Stendal hat eine Untersuchung über mögliche Einstellungsveränderungen bzw. -nichtveränderungen von Studierenden der Hochschule vorgelegt, die im Zeitraum 2003 bis 2016 an den von ihm jährlich organisierten Studienfahrten zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau teilgenommen haben. Er knüpft dabei an eine vorausgehende Studie von 2003 an, in der er mit derselben Intention Studierende über den Zeitraum 1994 bis 2002 u.a. auch diese Fragen vorgelegt hatte. In der neuen Studie vergleicht er auch die Einstellung von Studierenden des ersten Semesters in den Jahren 2014 bis 2016 mit denen von Studierenden höherer Semester, die in denselben Jahren an einer Studienfahrt in die Gedenkstätten Majdanek und Auschwitz-Birkenau teilgenommen hatten.

Die Ergebnisse der Studie von 2003 fasst Fuchs in der Einführung des vorliegenden Buches zusammen: »Die zwischen 1994 und 2002 durchgeführten Gedenkstättenfahrten hatten bei den TeilnehmerInnen keine messbaren ›Damaskus-Erlebnisse‹ produziert. Die Einstellungen derselben wiesen unmittelbar nach den Exkursionen keine signifikanten Veränderungen im Vergleich zu denen, die sie vor Beginn der Gedenkstättenfahrt eingenommen hatten, auf. Beim Vergleich zwischen der Gruppe ExkursionsteilnehmerInnen und der Gruppe der StudienanfängerInnen ließen sich zwar Unterschiede feststellen, die aber prinzipiell – um im Bild zu bleiben – kaum ähnlich groß wie jene zwischen Heiden und (bekehrten) Christen waren, sondern höchstens mit denen zwischen verschiedenen christlichen Denominationen verglichen werden konnten.« (S. 18 f.)

Dennoch, so führt Fuchs weiter aus, bewerteten die Teilnehmenden die Erfahrungen in Auschwitz-Birkenau als sehr wichtig und einflussreich für sie selbst als Person, wobei ein Viertel der Befragten sogar von einem starken Einfluss sprach. Die dort gemachten Erfahrungen bestärkten, so Fuchs, im Großen und Ganzen schon vorhandene Einstellungen, wie z.B. die Empathie mit den Opfern, die Ablehnung der Täter, die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dem NS-Terror usw., aber sie machten aus Kritikern der Erinnerungskultur keine Befürworter und aus Befürwortern keine Kritiker.

Das für mich signifikanteste Ergebnis der damaligen Studie war nicht das fehlende »Damaskus-Erlebnis« – wie Fuchs das nennt, sondern dass die Teilnehmerinnen aller Studienfahrten (1996–2002) von allen Programmpunkten in Auschwitz das Gespräch mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen am positivsten bewertet hatten – es war die Erfahrung mit der nachhaltigsten Wirkung. Die zweite besonders positive Bewertung wurde der Möglichkeit zugesprochen, im Archiv der Gedenkstätte eigenständig zu recherchieren. Zu diesen beiden Punkten finde ich allerdings in der neuen Studie keine Fragen an die an der Studienfahrt teilnehmenden Studierenden. Diese beiden Ergebnisse fand ich damals nicht verwunderlich: Bei unseren Gedenkstattenseminaren in Auschwitz-Birkenau (im Rahmen des Projektes »Erziehung nach Auschwitz« der Hochschule Esslingen) erhielten diese beiden Programmpunkte ebenfalls sehr positive Bewertungen. Diese

Bewertung hat bei Fuchs dazu geführt, dass in den Studienfahrten ab 2003 die Archivarbeit einen noch wichtigeren Platz im Programm erhalten hat.

Nun zu den Untersuchungen für den Zeitraum 2003 bis 2016. Sie beschäftigen sich mit mehreren Aspekten. Da geht es zunächst um die Motivation der Studierenden: warum will ich an der Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz-Birkenau teilnehmen? Dann wird erfragt, wie man selbst den Besuch erlebt hat. Überwiegend gibt es ein moralisches und politisches Interesse am Besuch und die dort erhaltenen Informationen werden positiv bewertet – bei allen emotionalen Beschwerden, die ein solcher Ort mit sich bringt. Des Weiteren geht es um die Frage der Relevanz des Aufenthaltes in der Gedenkstätte, die Einstellungen der Studierenden, die an den Studienfahrten teilgenommen haben und die eventuell durch die Erfahrungen in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau stattfindenden Einstellungsveränderungen. Damit führt der Autor die zentralen Forschungsfragen der ersten Studie in der zweiten weiter. Das ist auch so gewollt, denn Fuchs interessiert sich besonders für die Frage, ob sich im Kontext allgemeinpolitischer Entwicklungen und Veränderungen (z.B. eine zunehmende Akzeptanz des kapitalistischen Systems und ein Abflachen marxistischer Kritiken an diesem auch in den neuen Bundesländern) auch die Einstellungen der Studierenden zum Thema Auschwitz und dem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau geändert haben.

Hinsichtlich Motivation und informellem Ertrag liegen die Ergebnisse der Befragung im Bereich des Erwartbaren: Der Gedenkstättenbesuch ist wichtig für mich gewesen, ich wollte mich mit dem Nationalsozialismus und dem Vernichtungssystem der Nazis auseinandersetzen, ich bin dafür nicht verantwortlich – aber manche der Studierenden schämen sich für das, was ihre Großeltern und Urgroßeltern angerichtet haben.

Fuchs beschreibt die befragten Studienfahrteilnehmerinnen und -teilnehmer: »Auf der Basis der Auskünfte der Befragten zur eigenen Person kristallisierte sich der »idealtypische Teilnehmer« als um die 23–24 Jahre alt, weiblich, ungläubig, von zwei deutschen Elternteilen abstammend, politisch eher links von der Mitte stehend und sich an Wahlen beteiligend, bislang noch keinen Beruf erlernt habend und als aus dem Beitrittsgebiet – vorzugsweise aus Sachsen-Anhalt – stammend heraus.« (S. 25)

Und: Alle sind Studierende des Fachbereichs Sozial- und Gesundheitswesen, seit 2015 des Fachbereichs Soziale Arbeit, Gesundheit und Medien der Hochschule Magdeburg-Stendal. (S. 7) Damit ist klar, dass es sich nicht, wie der Autor selbst formuliert, um eine repräsentative Studie nach den Gütekriterien statistischer Empirie handelt, sondern um eine qualitative Studie, die sich auf einen ganz eingeschränkten Personenkreis des akademischen Milieus und eine sehr kleine Stichprobe bezieht. (Die Zahl der an den Studienfahrten teilnehmenden Studierenden variierte in der Zeitspanne 2003 bis 2016 pro Jahr zwischen minimal 14 und maximal 24.) Insofern lassen sich aus dieser Studie kaum Rückschlüsse auf andere Gruppen von Gedenkstättenbesucherinnen und -besuchern ziehen, sondern nur Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung des Konzepts der Gedenkstättenfahrten der Hochschule Magdeburg-Stendal und hier eines ganz bestimmten Fachbereichs. Eigentlich brauchen diese Studierenden gar kein »Damaskuserlebnis« in Auschwitz-Birkenau und Majdanek, denn sie alle befürworteten schon vor der Fahrt die bestehende Gedenk- und Erinnerungskultur. Das wird sehr deutlich hinsichtlich der Antworten auf die Fragen nach der politischen Relevanz eines Gedenkstättenbesuches. »Damaskuserlebnisse« würden eher nationalistisch und rassistisch eingestellte Menschen benötigen, die von Autorinnen und Autoren der

»Frankfurter Schule« unter dem Stichwort des »Autoritären Charakters« beschrieben wurden (Fromm und Andere 1936, Adorno und Andere 1950/1968).

Aber für konzeptionelle Entwicklungen sind die Ergebnisse interessant. Z.B. könnte man die Frage stellen, ob das in der Studie benannte zunehmende Interesse an nationalen Symbolen und dem zunehmenden positiven Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland bei dem Besuch von Auschwitz-Birkenau in einen internationalen und interkulturellen Kontext gestellt werden könnte. Wie ich dem Programm entnehme, übernachtet die Gruppe in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJBS/MDSM) in Oświęcim/Auschwitz. Wie wäre es zum Beispiel, wenn man über die internationalen Beziehungen der IJBS Kontakt zu Studierenden aus Polen, der Ukraine, dem Baltikum herstellen und mit diesen zusammen das Gelände der ehemaligen drei Teillager von Auschwitz, Stammlager Birkenau und die wenigen Überreste von Monowitz erkunden würde? Hier könnten sich dann auch nationale Sichtweisen zu internationalen Dialogen ummünzen lassen bei dem beide nationale Zugehörigkeiten Wertschätzung und Akzeptanz erfahren würden.

Hinsichtlich der persönlichen Relevanz des Besuches der Gedenkstätte ist ganz eindeutig, dass die Studierenden den Besuch von Auschwitz-Birkenau als persönlich bedeutsames und für die eigene Biografie wichtiges Ereignis klassifizieren. Auch hinsichtlich der politischen Relevanz ist immer eine Mehrheit der Meinung, dass die Beschäftigung mit dem NS-System im Rahmen des Gedenkstättenbesuchs auch eine politische Dimension hat – auch für das eigene politische Denken und Handeln.

Neben der persönlichen und der politischen Relevanz des Gedenkstättenbesuchs ist Jochen Fuchs der Frage nachgegangen, mit welchen Einstellungen Studierende nach Majdanek und Auschwitz-Birkenau fahren und ob sich diese Einstellungen verändert haben. Und er vergleicht separat, wie schon angesprochen, diese Einstellungen mit denen von ca. 148 Studierenden des ersten Semesters aus den Studienjahren 2014 bis 2016. Hier setzt nun meine Kritik an. Fuchs arbeitet mit dem Konstrukt der Einstellung respektive Haltung und differenziert dies in sieben einzelne Variablen, ohne genauer zu beschreiben und zu begründen, warum »Haltung« ein sinnvolles Konstrukt für die Forschung ist und warum aus der Tatsache, dass es sich um junge Deutsche handelt, diese sieben Variablen hilfreich sind, um deren Einstellungen vor und nach dem Gedenkstättenbesuch empirisch »einzufangen«.

Die sieben Variablen sind

- »Vorlieben für nationale Symbole bzw. Symbolik«
- »Nationale Gefühlsbindung«
- »Zuschreibung der Verantwortung für Judenverfolgung«
- »Besondere politische Verantwortung als Konsequenz«
- »Schlusspunktdiskussion«
- »Aktuelle Gefahr durch (Neo-)Faschisten«
- »Solidarität mit Minderheiten«.

Diesen – man könnte sagen – sieben Hauptvariablen werden nun, aber wieder ohne jede Begründung und Kontextualisierung, weiter spezifiziert; es entsteht dann eine Vielzahl von »Untervariablen«, zu denen Fragen formuliert, von den Studierenden beantwortet und in Tabellenform ausgewertet werden. So werden für die Variable »Vorlieben für nationale Symbole bzw. Symbolik« Untervariablen gebildet, die den Stolz oder Nichtstolz auf das Nationale abbilden sollen, etwa wie beliebt ist der Reichstag,

wie sympathisch findet man die Nationalhymne, kann man sich mit der Bundeswehr identifizieren, wie stark ist die deutsche Wirtschaft. Über die Relevanz einzelner Untervariablen lässt sich streiten, etwa die Fragen zur Bewertung der Bundesflagge oder dem Stolz auf die »Stärke der deutschen Wirtschaft«. Aber, dass Fragen zur nationalen Identitätskonstruktion jedes Einzelnen wichtig sind, steht außer Frage, auch deshalb, damit sich das Leitungsteam einer Gedenkstättenfahrt schon vorher überlegen kann, in welche affektiv-kognitive Situationen gerade deutsche Besucherinnen und Besucher in Auschwitz-Birkenau geraten könnten und wie sich damit pädagogisch-psychologisch umgehen lässt. Ich will noch auf einen aus meiner Sicht zweiten Kritikpunkt aufmerksam machen. Die vielen in den Fließtext eingebetteten Tabellen, die natürlich dazu dienen, die Evidenzbasierung der Aussagen zu unterstreichen, nehmen so viel Platz ein, dass dies das flüssige Lesen erschwert. Ich hätte es besser gefunden, wenn der Autor die Tabellen bis auf einige signifikante Ausnahmen in den Anhang verlegt hätte und dadurch der interpretierende, begründende und hypothesenbildende Text ausführlicher und flüssiger lesbar geworden wäre.

Neben diesen beiden aus meiner Sicht formulierten Kritikpunkten gibt es viel Positives anzumerken.

- Mir gefällt das große moralische Engagement von Jochen Fuchs. Er leitet aus dem nationalsozialistischen Terror- und Mordsystem ein klares moralisches Vermächtnis ab, sich allen Formen nationalistischen, rassistischen oder gar faschistischen Denkens und Handelns entgegen zu stellen – persönlich, politisch und pädagogisch. Junge Menschen will er dabei rational und emotional unterstützen, indem er sie mit den ganz konkret erfahrbaren Zeugnissen der schlimmsten Konsequenzen des NS-Systems, den Zwangsarbeits- und Vernichtungslagern Auschwitz und Majdanek in Kontakt bringt.
- Ich teile auch seine klar ausgesprochene Position, dass eine Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Deutschland, seinen systematischen Morden, seinem politischen Terror, seiner Eroberungspolitik und seinen Raubzügen eine politische Konsequenz in der heutigen Zeit haben muss. Denn wer genauer hinschaut weiß, dass die Leiden der entrechteten, ermordeten, geknechteten Menschen auch in die Zeit des Nachkriegsdeutschland hineinreichen, sei es durch personelle Kontinuitäten der Täter und Täterinnen, sei es durch das den Opfern geraubte Vermögen, sei es durch die Ausplünderung der eroberten Länder, sei es durch die Werte, die durch die Zwangsarbeit für deutsche Unternehmen geschaffen wurden. Darauf hat vor allem Götz Aly hingewiesen. (Aly 2005)
- Mir imponiert das äußerst differenzierte und reichhaltige Programm der Gedenkstättenfahrt und die neuerdings darin hergestellte Verbindung von Auschwitz-Birkenau mit dem Konzentrationslager Majdanek in Lublin, das wie Auschwitz-Birkenau die Funktion eines Zwangsarbeits- und eines Vernichtungslager hatte.
- Informativ ist der fundierte Überblick hinsichtlich der bislang immer noch sehr mageren Forschung über die kognitiv-affektiven² Folgen von Gedenkstättenbesuchen, den er in vielen Fußnoten der Einführung vor unseren Augen ausbreitet. (Hier hätte ich mir noch mehr Informationen in einem eigenen Kapitel gewünscht, denn es ist deutlich, dass Jochen Fuchs sich in diesem Feld sehr gut auskennt).
- Sein Anliegen, Konzepte der Gedenkstättenbesuchsforschung für die Evaluation der eigenen Gedenkstättenfahrten zu nutzen, weiter zu entwickeln, und damit auch das eigene Tun empirisch abzusichern, ist vorbildhaft. In den Befragungen und deren Aus-

wertung der TeilnehmerInnen und der Erstsemesterstudierenden steckt viel Mühe, viel Herzblut und politisches Engagement. Seine auf die eigene Praxis bezogene Forschung sollte Schule machen, denn das würde helfen, die Gedenkstättenpädagogik auch in den nächsten Jahren weiter zu entwickeln. Denn wir erfahren auf diese Weise viel über die Motivation von an Studienfahrten teilnehmenden Menschen, die Wirkungen auf die eigene Person und die Einschätzung der Relevanz des Gedenkstättenbesuchs. Es lohnt sich, die Arbeit von Jochen Fuchs in dieser Richtung als Anregung und Folie auch für die Auswertungen eigene Gedenkstättenfahrten zu nutzen, auch für die Weiterentwicklung eigener Programme.

Alles in allem handelt es sich bei der Veröffentlichung von Jochen Fuchs um ein Werk, das für die Durchführung von Gedenkstättenfahrten viele Anregungen hinsichtlich der Evaluation eigener Praxis geben kann. Man muss seinem Design und seinen Fragen an die Studierenden nicht unbedingt folgen, sondern kann es als Anregung für eine eigene Praxis und eine darin verortete Handlungsforschung nutzen. Es lohnt sich immer, systematischer nach den Motiven und Wirkungen eines Gedenkstättenbesuchs zu fragen als das in den Ad-hoc-Auswertungsgesprächen während und direkt nach dem Gedenkstättenbesuch geschehen kann. Neben den natürlich auch wichtigen Ad-hoc-Rückmeldungen, etwa in einer Feed-back-Runde am Ende eines Besuchstages in der Gedenkstätte, bieten systematisch gewonnene Evaluationsresultate Informationen über langfristige und nachhaltige Wirkungen. Und diese sind nützlich für die Weiterentwicklung der eigenen Programme. Ich könnte mir auch vorstellen, dass man bei der Erforschung der Einstellungen von der die Gedenkstätten besuchenden Menschen und deren möglichen Veränderungen auf die bahnbrechende Arbeit der Gruppe um Theodor W. Adorno über den »autoritären Charakter« (als Teil ihrer Forschungen zur Bildung von Vorurteilen und Stereotypen – »Studies in Prejudice«) von 1950 zurückgreifen könnte. Manchmal hatte ich beim Lesen die Vermutung, das Jochen Fuchs sich bei seinen Variablenkonstruktionen implizit schon darauf bezogen hat.

Prof. em. Wolf Ritscher für Psychologie an der Hochschule Esslingen, Fakultät für Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege; dort langjähriger Co-Leiter des Projekts »Erziehung nach Auschwitz«. Ehrenamtliches Vorstandsmitglied in der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber Stuttgart und Geschäftsführer des Vereins Lebenswerk Käthe Loewenthal.

Literatur

Adorno, Theodor W. und Andere: Der Autoritäre Charakter. Studien über Autorität und Vorurteil. 2 Bde. Schwarze Reihe Nr. 6. Verlag de Munter Amsterdam 1968. (Erstausgabe 1950 bei Harper and Brothers, New York).

Aly, Götz (2005): Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt a.M. (S. Fischer)
Fromm, Erich und Andere: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. Alcan, Paris 1936.

- 1 Jochen Fuchs: Auschwitz als eine moralische Anstalt betrachtet oder Was kann eine gute Gedenkstätte eigentlich bewirken? Eine empirische Untersuchung zur Wirkung von Gedenkstättenfahrten zum »Staatlichen Museum Auschwitz«. (Magdeburger Reihe 30, hrsg. von der Hochschule Magdeburg-Stendal 2019)
- 2 Der Terminus »kognitiv-affektiv« wurde von Luc Ciompi in die Psychologie und psychodynamische Forschung eingeführt, um den nicht hintergehbaren Zusammenhang von rationalen und emotionalen Prozessen in der menschlichen Wahrnehmung und Informationsverarbeitung zu betonen. (Siehe Luc Ciompi: Affektlogik. Stuttgart 1982).